

ZYKLOTRON

10. Jg. Nr. 43
Mai 1992

Preis ö\$ 25.-

FRAUEN/LESBEN

DEMO gegen
die EG

Samstag,

13. Juni 1992

10.00 Uhr



in kopier...

GEGEN EIN EUROPA DER HERREN
GEGEN EIN EUROPA DER REICHEN

F/LZ-strukturen.....Seite 3

politische frauenkämpfe

anti-EG-frauen/lesbendemo..... 4

frauenwiderstand gegen den transitverrat..... 6

flugi wien zum internationalen frauenkampftag..... 30

die zähmung des widerstandes gegen gen- und
reproduktionstechnologien..... 34

schwerpunktEG und widerstand gegen EG/EWR

drüm prüfe wer sich EWiG bindet..... 7

wie den frauen der faden aus der hand genommen wird..... 10

verlockende mittäterschaft..... 11

wenn die bäuerinnen die arbeit niederlegten..... 13

zu gepflegte natur wird zu zerstörter natur..... 16

wenn die frauen fliehen..... 18

lebensbedingungen für lesben in der EG..... 23

wos die bairin nit kennt, ißt se nit..... 25

literaturliste: EG und die frauen..... 26

termine

veranstaltungskalender..... 27

gruppennachrichten..... 29

mit den augen einer frau

buchrezension "lehrstück einer unauffälligen Verge-
waltigung"..... 39

EDITORIAL

in diesem zyklus veröffentlichen wir zum schwerpunktthema EG und widerstand gegen EG einige artikel. wir haben versucht, beiträge, die von einem frauenstandpunkt ausgehen, zusammenzutragen.

dieses ist unser letztes zyklus. weitere andere werden folgen, von euch. dieses ist ein aufruf zur bildung einer neuen zyklusgruppe.

seit einem jahr arbeiten wir zu dritt als redaktionsgruppe. wir wünschen uns, daß die herausgabe der kommenden zyklus andere frauen übernehmen und wünschen euch dabei viel spaß.

die redaktionsfrauen

FINANZEN

Dank der tatkräftigen Unterstützung von vielen Frauengruppen und -projekten (Unterstützungsschreiben an Landesrat Hengl) und von Frauenministerin Dohnal sowie den Tiroler SPÖ-Frauen hat sich die finanzielle Situation des Autonomen Frauen/Lesbenzentrums schlagartig verbessert:

Das land Tirol (Sozial- und Gesundheitsreferat) hat die Subventionierung der Miete für das Jahr 1992 zugesichert.

Trotzdem geht der Kampf um Subventionen weiter, da wir langfristig vom Gesundheits- und Sozialreferat ins JUFF (Jugend, Familie und Frau) "abgeschoben" werden sollen. Ob Herr "Fraunenreferent" Mader (Selbstdefinition) allerdings Fixkosten für das Autonome Frauen-Lesbenzentrum übernehmen wird/will/kann, steht in den Sternen.

Deshalb liebe Frauen/Lesben:

zahlt mittels beiliegendem Erlagschein den Jahresbeitrag für 1992 ein (S 350,-).



Es gibt heuer erstmals eine Projektförderung durch das JUFF (Jugend, Familie und Frau, Mag. Stögerer-Schwarz) zum Thema "FREMD-SEIN".

Frauen/Lesben, die dazu etwas machen möchten, sollen sich im Weiberrat (jeden Montag 20.30) melden oder zum Frauenplenum am 1.6., 20.30 Uhr kommen.

"BRAVE MÄDCHEN KOMMEN IN DIE EG, SCHLIMME MÄDCHEN KOMMEN ÜBERALLHIN."

FRAUEN/LESBEN GEGEN EG/EWR

VORBEREITUNGSGRUPPE ANTI-EG-DEMO

Innsbruck, Mai 1992

Liebe Frauen, liebe Lesben,

Am 14.5.92 haben wir uns zum ersten Plenum zwecks Vorbereitung einer Frauen/Lesben-Demo gegen EG/EWR getroffen. Wir waren ca. zehn Frauen - nicht so viele, wie wir uns gewünscht hätten. Trotzdem haben wir versucht, einiges schon zu besprechen.

Folgende Themen und Orte wurden vorgeschlagen:

- Redebeitrag zu EG-Lebensmittelgesetz; Vorbereitung: Frauen/Lesben gegen Gen-u.Reprotechnik; Ort: Hofer, Billa oder sowas
- Redebeitrag zu 500 Jahre Kolonialismus/Ausstellung auf Schloß Ambras; Ort: noch unklar, evtl. Goldenes Dachl;
- Redebeitrag zu EG und Landwirtschaft; dafür versuchen wir die Bäuerinnen zu gewinnen, mit denen wir schon Kontakt aufgenommen haben und die ihr grundsätzliches Interesse an dieser Demo schon bekundet haben; Ort: evtl. Bauernkammer
- Redebeitrag zu EG und Tiroler Wirtschaft, nämlich deren Interesse am EG-Beitritt und die zugehörige Propaganda; Ort: Handelskammer
- Redebeitrag zu EG u. Weltwirtschaftsgipfel (findet im Juli 1992 in München statt); Frauen aus Graz werden das schreiben und kommen dann auch zur Demo;
- Redebeitrag zu Transit und Transitvertrag; Ort: Landhaus
- Redebeitrag zum Niederlassungsgesetz.

Wir versuchen außerdem Kontakt mit den Ausländerinnen aufzunehmen, um sie zu fragen, ob sie vielleicht auch etwas machen wollen. Auch zu den Themen Flexibilisierung der Arbeitszeit/Lohnarbeit von Frauen hätten wir uns einen Beitrag gewünscht.

VORSCHLÄGE FÜR DIE "ÄUSSERE GESTALTUNG" :

Wir suchen einen Traktor mit Anhänger und eine Frau/Lesbe, die ihn fahren kann/will.

Eine Frau versucht, ein Alphorn zu organisieren und würde dann auf der Demo auch spielen.

Der Vorschlag, daß alle Kuhglocken auf die Demo mitbringen (Lärmerzeugung) stieß auf geteilte Meinungen (von "ja, genau" bis "pfui, Almbetrieb").

Wir suchen Frauen/Lesben, die eine feministische Anti-EG-Skulptur entwerfen und bauen wollen.

Wir suchen weitere kreative Vorschläge für die Demo.

Es ist für uns sehr schwierig, die Demo vorzubereiten, weil wir erstens noch zu wenige sind und zweitens nicht wissen, ob beim letzten Treffen einige verhindert und deshalb nicht da waren. Deshalb bitten wir euch, **euch bei uns zu melden**, auch wenn ihr nicht mitmachen wollt, damit wir etwas Überblick und eine bessere Einschätzung bekommen können.

Unter folgenden Telefonnummern sind wir zu erreichen:

vormittags Mitt, Do, Frei (sonst Anrufbeantworter) unter 574416
ansonsten unter 711542

Wir würden auch gerne wissen, ob ihr mit aufs Plakat wollt oder ob ihr Redebeiträge/Flugis habt.

TERMINE:

Wir treffen uns jetzt bis zur Demo jeweils

DONNERSTAG, 20 Uhr, FZ/LZ, Liebeneggstraße 15.

Den Demo-Termin haben wir jetzt in Abstimmung mit den Frauen aus Wien, die auch kommen möchten und unter Berücksichtigung der Feiertage auf

SAMSTAG, 13. JUNI, 10 Uhr

festgelegt.

Weil die genaue Demoroute noch nicht klar ist (hängt auch von den Redebeiträgen und dem, was wir sonst noch machen wollen, ab), ist auch der Treffpunkt noch nicht ausgemacht worden. Bis zum nächsten Treffen (Do, 21.5.92, 20h) müssen wir uns aber entscheiden zwecks Plakat - das sehr schön und weit verbreitet werden soll.

INNSBRUCK 1997

WIR HOFFEN, VON EUCH ZU HÖREN.

NOCH MEHR, EUCH ZU SEHEN !!

Ziehen, vielleicht mitten im Winter, trotz mercedesschwerer Liftbügel, Bäuerinnen aus dem Oberland, breite Senninnen mit selten gewordenen Tieren und letzten Kindern zu Fuß auf die Stadt zu, winken die einen im O-Dorf Schwestern aus ihren Küchenhochzellen herunter und die anderen Gastarbeitinnen aus Völs heraus, kommen von zwei Seiten, über Hallerstraße und Südring, während die starklungigen Wipptalinnen von der Brennerstraße auf die Altstadt gehen - unter dem Getöse von Kuhglocken lachend wie Straßen breit und in festen Schuhen: langen sich den Romuald, den Alois, den Hans, wie sie heißen, aus Rathaus Gasthaus Haus, hängen den einen kopfüber vom Stadtturm, den andern, verschnürt in die Joppe eines Wiltener Schützen - vielleicht am Annatag unter Mißachtung verschiedener Schilder von der gleichnamigen Säule herab, verteilen leichte Zettel an Frauen mit Schriften in Hand: auf euch; Autonome, könnten wir nicht mehr warten.

Inzwischen liebe Grüße.



Anlässlich der Sitzung des Sonderlandtages zum Transitverkehr wurde von Frauen während der Sitzung ein Transparent mit der Aufschrift **FRAUENWIDERSTAND GEGEN DEN TRANSITVERRAT** entrollt.

2 Frauen wurden festgenommen und in der Wachstube verhört.

Die Sitzung wurde unterbrochen.

Die Frauen wurden zu einer Verwaltungsstrafe in Höhe von je S 600,- verurteilt, weil sie durch das Entrollen des Transparents "die Ordnung an einem öffentlichen Ort in ärginserregender Weise gestört haben".

Die Frauen haben gegen diesen Bescheid berufen.



Spendet bitte auf das Frauensolidaritätskonto:

PSK-Privatsparbauch Nr. 17.614.991

AUTONOME FRAUENWIDERSTANDSGRUPPE GEGEN DEN GOLFKRIEG

Die Frauenwiderstandsgruppe gegen den Golfkrieg bedankt sich bei allen Frauen, die Geld für die verhängten Strafen (Panzerblockade) gespendet haben. Dieses solidarische Verhalten machte es möglich, daß die gesamten Strafen nach Ablehnung des Einspruchs durch den unabhängigen Verwaltungssenat bezahlt werden konnten.

Drum prüfe, wer sich EWiG bindet

Über die Auswirkungen der EG auf uns Lohnarbeiterinnen und über den Bluff der vermeintlichen Demokratie

"Mit der Verwirklichung des Binnenmarktes nimmt das Wirtschaftswachstum zu, neue Arbeitsplätze werden geschaffen. Eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ist ausgeschlossen. Die Gleichstellung der Frauen im beruflichen Leben wird im EWR durch strengere Empfehlungen und Richtlinien als in Österreich gefordert. Die Richtlinien sind dabei verbindlich und müssen bei uns umgesetzt werden."

Diese vielversprechenden Aussagen kann frau in der (Des)Informationsbroschüre des Bundeskanzleramtes zum Thema EWR lesen. Also Frau, nichts wie hinein ins Schlaraffenland Europa! Oder sollten wir vielleicht doch nach dem alten Spruch vorgehen "drum prüfe, wer sich EWiG bindet"?

Richtig ist, daß zwischen 1975 und 1986 fünf Richtlinien zu Gleichbehandlung der Frau bei Bezahlung, sozialer Sicherheit und Ausbildung verabschiedet wurden. Richtig ist auch, daß die Europäische Kommission als Regierung der EG deren Einhaltung überwachen soll. Fakt ist aber, daß sie bei Nichteinhaltung lediglich Mahnungen an die Mitgliedstaaten aussprechen kann und ihr keine rechtlichen Mittel zur Verfügung stehen, die Einhaltung der Richtlinien zu erzwingen. Fakt ist demzufolge, daß diese Richtlinien in keinem EG-Land voll verwirklicht sind. Fakt ist ferner, daß sich diese vielgepriesenen gesetzlichen Regelungen lediglich auf die Erwerbstätigkeit beziehen und übersehen, daß Frauen andere Lebenszusammenhänge haben als Männer. Fakt ist weiters, daß seit 1986! keine weitere Richtlinie zu frauenrelevanten Fragen verabschiedet wurde und viele Vorlagen sowie Vorschläge in den Schubladen der EG-Bürokratie dahinschimmeln. Denn echte Gleichbehandlung würde der EG viel Geld kosten (z.B. hunderte Millionen für gleiche Pensionen), das die Herren der EG nicht ausgeben wollen.

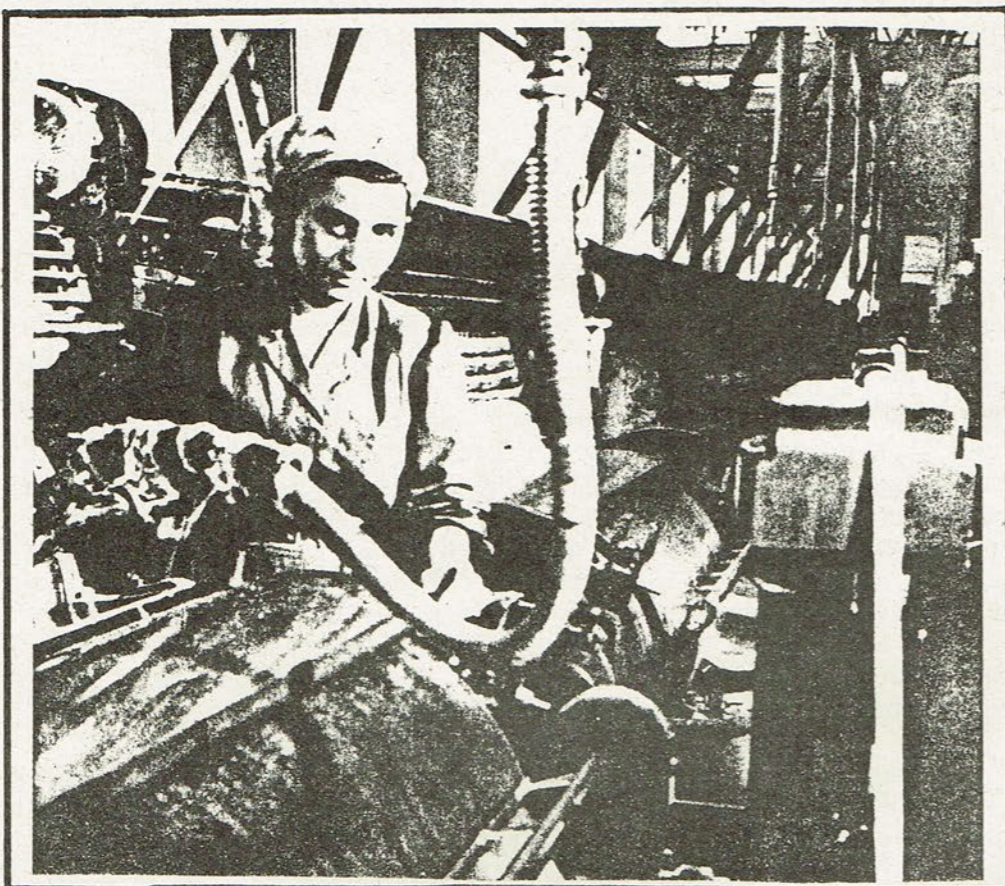
Während die Euphoriker dennoch stolz auf die gesetzliche Chancengleichheit pochen, stellt sich die Wirklichkeit der 165 Millionen Frauen in der EG ganz anders dar. Die Frauenerwerbsbeteiligung ist zwar in den letzten Jahren in fast allen EG-Staaten gestiegen (zwischen 30 und 45 %), andererseits sind aber Frauen auch besonders von Arbeitslosigkeit betroffen. 1990 lag die Arbeitslosenquote im EG-Durchschnitt bei Männern bei 6,6 % und bei Frauen bei 11,1 %. Im Klartext heißt dies, daß 7,5 Millionen Frauen in der EG ohne Arbeit sind. Erschreckend dabei vor allem die Zahl der unter 25jährigen Frauen (in Spanien 40 %, in Italien 35%).

Trotz vielgepriesener Gesetze ist der Lohnunterschied immer noch gewaltig. So bekommt eine luxemburgische Arbeiterin nur 60 % dessen was ein Mann nach hause bringt, eine englische 70 %, eine französische oder griechische 80 %. Und wo sind diese Frauen dann beschäftigt? In traditionellen Frauenberufen versteht sich. In der BRD zum Beispiel verteilen sich 90 % von ihnen auf 12 verschiedene Berufsgruppen, die sich, wie bekannt, durch niedrigen Lohn und niedriges Sozialprestige auszeichnen. Obendrein steigt der Anteil an Teilzeitarbeit rapid an. Von den 13,5 Millionen Teilzeitbeschäftigten sind 11,5 Millionen Frauen. Oft bleibt ihnen überhaupt keine andere Alternative, da entsprechende Vollarbeitsplätze aber vor allem Kinderbetreuungseinrichtungen fehlen. Flexibilität ist das Zauberwort mit dem sich Frauen als biegsame = flexible Ware am EG-Arbeitsmarkt verkaufen können und sollen.

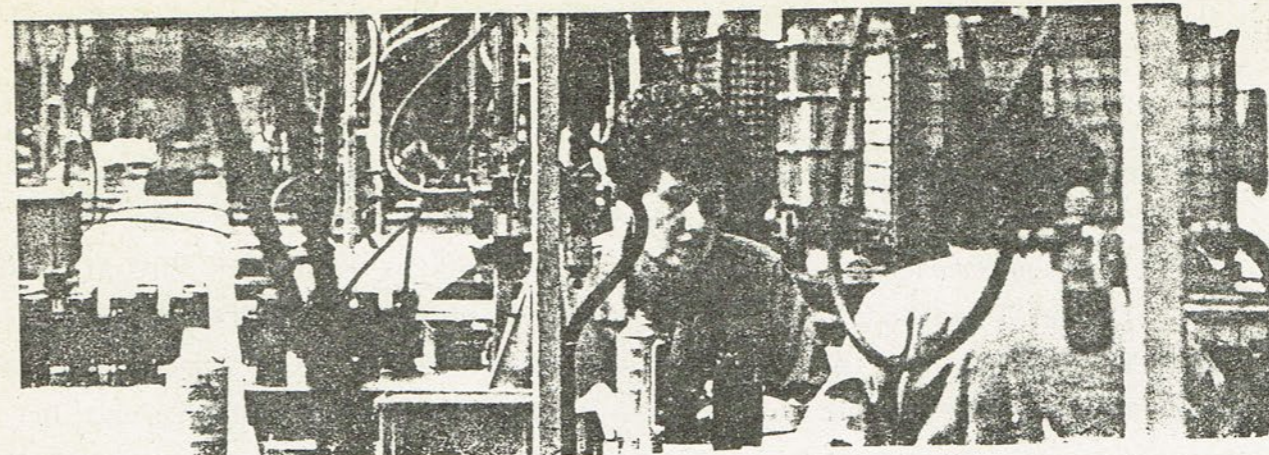
Diesem Trend entspricht auch die Zunahme von befristeten und ungeschützten Arbeitsverhältnissen. Arbeitsverträge über 6 oder 12 Monate, Heimarbeit, Teleheimarbeit, Leiharbeit sind im Zunehmen. Oft fällt ein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung dann weg, da sie unterhalb der Sozialversicherungsgrenze beschäftigt sind oder "schwarz" arbeiten.

Der Stoff aus dem die Euro-Managerin gemacht ist

Unter dem Vorwand der "Gleichheit", der Anpassung an die Lage der Männer, wird dann obendrein noch mit Schutzbestimmungen aufgeräumt, wie jüngst das Urteil des Europäischen Gerichtshofes zur Aufhebung des Nachtarbeitsverbotes bewiesen hat. Wo und wie werden Frauen also künftig am Arbeitsmarkt ihren Platz finden? Schon jetzt arbeiten 73 % aller beschäftigten Frauen im Dienstleistungssektor, 21 % in der Industrie und 8 % in der Landwirtschaft. Studien prognostizieren aber gerade für den Dienstleistungssektor einen weiteren Rationalisierungsschub, bei dem schlechter qualifizierte Tätigkeiten (zumeist Frauenarbeitsplätze) auf der Strecke bleiben werden. Neue Arbeitsplätze werden nur in den Industrie- und Finanzzentren anfallen und dort in erster Linie in hochspezialisierten Sektoren bei Banken, Versicherungen usw. also in traditionellen Männerdomänen. Andere Branchen, wie z. B. die Textilindustrie, werden zunehmend in Billiglohnländer verlagert.



Die EG-Kommission gibt in ihren Berichten zu, daß der für 1993 angestrebte Binnenmarkt für Frauen eine negative Chance ist, wenn sie nicht in den Bereichen Berufsausbildung, Kinderbetreuung, arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen etwas ändert. "Es besteht die Gefahr, daß viele Frauenarbeitsplätze wegfallen und Frauen an den Rand des Arbeitsmarktes in ungeschützte Arbeitsverhältnisse oder aber in die Schwarzarbeit gedrängt werden." Was den meisten Frauen in der EG also bleibt, ist mit wenig Lohn, in Teilzeit arbeitend, das putzende, Kinder und Alte betreuende Personal im Herrenhaus Europa zu sein. Es sei denn, Frau beherrscht 4 bis 5 Fremdsprachen, ist hochqualifiziert, hat Auslandserfahrung, ist mobil einsetzbar und besitzt EG-Fachwissen, denn das ist der Stoff, aus dem die Euro-Managerin gemacht ist, wie kürzlich ein Grazer Managementberater zu verkünden wußte. Nur wird sich das zunehmend propagierte Bild der Karrierefrau für die Mehrheit der Frauen nicht spielen. Demzufolge auch nicht die als Vorzug des Binnenmarktes gepriesene Freiheit des Personenverkehrs, die sich darauf bezieht, daß sich Arbeitskräfte von Athen bis London einen Arbeitsplatz suchen können. Etliche der angeführten Kritikpunkte sehen auch EG-Befürworterinnen ein. Sie sehen eine Alternative in mehr Bildung, mehr Frauenförderungsprogrammen (die in der EG nachweisbar Tropfen auf dem heißen Stein sind) und mehr Einflußmöglichkeiten, wenn wir erst einmal drin sind. So auch inzwischen Johanna Dohnal. Ein Blick in den Brüsseler Machtapparat läßt allerdings Zweifel aufkommen, ob ausgerechnet Österreich die EG in Richtung Gleichstellung der Frau umkrepeln wird.



Bestimmen tun die, die nicht gewählt sind.

Das Europäische Parlament, das einzig demokratisch gewählte Organ der EG, hat nichts zu sagen. Bestimmen tun die, die nicht gewählt sind. Das zentrale Machtgremium der EG, der Rat der Minister, fällt seine Entscheidungen in geheimen Sitzungen. Die zwölf Ratsmitglieder sind mit unterschiedlicher Stimmengewalt - insgesamt mit 76 - ausgestattet. Die der großen Länder wie Deutschland, Frankreich, England und Italien mit der größten, versteht sich. Gegen ihren Willen kann nichts beschlossen werden. Österreich hätte nach diesem System maximal drei Stimmchen! Von Frauenrepräsentanz in diesen Gefilden kann natürlich kaum die Rede sein. Dafür finden sich in den Dienststufen B und C (Sekretärinnen, Sachbearbeiterinnen) 60 bis 90 % Frauen. Aber immerhin sollen wir ÖsterreicherInnen ja noch per Volksabstimmung entscheiden können, ob wir in dieses Europa wollen oder nicht.

Die Sache hat allerdings einige Haken. Denn die österreichische Regierung hat bereits mit der Unterzeichnung des EWR-Vertrages der Übernahme von 60 % des EG-Rechts zugestimmt. All denjenigen, die bereits eine Volksabstimmung zum EWR gefordert hatten, entgegnete Bundeskanzler Vranitzky dazu vor ein paar Monaten "man könne nicht über jeden Schmarren abstimmen lassen". Nun haben wir den EWR-Vertrag. Nach dessen Unterzeichnung meinte Außenminister Mock: "Ich gebe zu, so frei, wie bisher sind wir nicht mehr. Unser Spielraum besteht in der Einbringung unserer Stimme. Und Gewicht hat diese nur, wenn wir Vollmitglied sind."

Nachzulesen im Standard von)/10. Mai dieses Jahres.

Bleiben uns also noch 40 % EG-Recht, über die wir bei einer Volksabstimmung zum EG-Beitritt Österreichs, die die Bundesverfassung vorschreibt, befinden können. Und der Ablauf sieht so aus: "Behandlung im EG-RAT, EG-Kommission analysiert, EG-RAT gibt Verhandlungsmandat, EG-Kommission verhandelt, Abstimmung im Europäischen Parlament (absolute Mehrheit), Abstimmung im EG-RAT (Einstimmigkeit der Zwölf), Ratifizierung durch alle EG-Staaten, völkerrechtlicher Vertrag, österreichischer Nationalrat beschließt mit Zweidrittelmehrheit, VOLKSABSTIMMUNG, Unterschrift des Bundespräsidenten." Zitat aus: Die Neue Wirtschaft, Nummer 3, 1992. Ein Kommentar dazu erübrigt sich wohl.

Eh alles gelaufen? Oh nein. Es gilt erstens von vielen Seiten die Forderung nach einer Volksabstimmung VOR Beitrittsverhandlungen zu stellen. Und es ist sicher notwendig, Alternativen zu entwickeln mit allen Menschen gemeinsam, die andere Vorstellungen von Europa haben, wenn schon unsere Politiker in ihrem Euro-taumel dazu nicht in der Lage sind. Meine Vorstellungen richten sich auf ein friedliches, soziales, ökologisches Europa, frei von Ausbeutung und Diskriminierung. Ein Europa, das nicht an der Ausbeutung der "Dritten Welt" teilnimmt und nicht mit anderen Ländern und Kontinenten im Wirtschafts- oder militärischen Krieg steht.

Margitta Kaltenegger

Literatur:

Susanna Schunter-Kleemann, EG-Binnenmarkt - Europatriarchat, Bremen 1990
Hortense Hörburger, Europas Frauen fordern mehr, Marburg/Lahn 1990
Florence Herve, Frauenzimmer im Haus Europa, Papyrossa Verlag 1991

Wie den Frauen der Faden aus der Hand genommen wird

Kündigungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für Textilarbeiterinnen

In den letzten Monaten haben einige hundert Frauen in Österreich ihre Arbeitsplätze in der Textilindustrie verloren. Allein in St. Veit (Kärnten) wurden im April 1992 123 Textilarbeiterinnen gekündigt. In der Textilbranche arbeiten zu 85 % Frauen und sie sind es, die von Kündigungen dann betroffen sind. In krisenschwachen Regionen - und nicht nur diesen - ist es für Frauen dann äußerst schwierig, einen anderen Arbeitsplatz zu finden, zumal das Gros der hier beschäftigten Frauen über keine spezielle und/oder abgeschlossene Ausbildung verfügt.

Den Hintergrund für die Kündigungen bildet die Auslagerung der Produktion in Billiglohnländer wie z. B. Taiwan, Portugal oder - seit der Öffnung des Ostens - in Länder des ehemals real existierenden Sozialismus. Obwohl in Österreich die Löhne und Gehälter von Frauen weit unter dem Einkommen von Männern liegen (30-50 % weniger), so ist das Lohnniveau von Textilarbeiterinnen in Österreich im internationalen Vergleich höher als in den sog. Schwellenländern.

Im Hinblick auf die Einführung des EWR hat sich die Konkurrenz in der Textilbranche schon jetzt drastisch verschärft. Die Textilindustrie reagiert darauf mit der Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen von Frauen und/oder Auslagerung der Produktion. Frauen verlieren dadurch ihren Arbeitsplatz oder werden in ungeschützte Arbeitsverhältnisse (keine Sozialversicherung, kein Pensionsanspruch, flexible Arbeitszeiten je nach Bedarf des jeweiligen Unternehmens usw.) abgedrängt. Diese Verdrängung von Frauen vom Arbeitsmarkt bedeutet oft die Rückkehr in Abhängigkeitsverhältnisse von (Ehe)Männern.

Das Euro-Patriarchat versucht auf allen Ebenen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen zu zerstören und bisher erzielte Erfolge der Frauenbewegungen rückgängig zu machen.



Europafähig sind wir, aber nicht EG-kompatibel

Verlockende Mittäterschaft

Von der Frauengewerkschaft Schweiz*

Ein Schweizer Beitritt zum EG-Binnenmarkt: Wir müssen, also wollen wir auch. Wir wollen, also ist es gut? Dem Zwang zur Hoffnung, dem sich erstaunlich viele unterwerfen, gelte es andere Perspektiven entgegenzusetzen, findet die Frauengewerkschaft Schweiz. Denn gerade für die überwindende Mehrheit der Frauen verheisst der europäische Supermarkt nichts Gutes.

Experten und Eurospezialisten versichern uns im Brustton der Überzeugung: Die EG '92 ist eine Tatsache, der europäische Binnenmarkt ein unausweichliches Schicksal, dem wir nicht entgehen können. Die kleine Schweiz sei nur ein Rädchen in der grossen Wirtschaftsmaschine Europa und wir so oder so schon dabei. Gleichzeitig werden aber auch schreckliche Szenarien von sinkendem Wohlstand und Verzicht ausgemalt, falls die Schweiz etwa abseits stehen sollte. Nicht die EG als konkrete Ausgestaltung wirtschaftlicher Interessen, diese Marktabsprache unter europäischen Unternehmen, um sich gegen amerikanische und japanische Gegner besser behaupten zu können, wird hier dargestellt, sondern falsche Objektivierungen, die uns die EG als «Naturgesetz» aufzwingen wollen. Die einfache Frau auf der Strasse staunt ob der Fülle von Sachzwängen, Unausweichlichkeiten und Bedingtheiten, die die Schweiz zur EG hinführen «müssen». Das Paradoxe daran ist, dass den SchweizerInnen damit ein Ja zur EG schmachhaft gemacht werden soll, das nicht als eigenständiger Entscheid erscheinen darf. Der Zwangscharakter wird verstärkt mit Versprechungen, was uns die EG alles an Gutem beschere wird.

Versprechen Nr. 1:

Wenn wir der EG beitreten, können wir mitreden und mitgestalten beim neuen Europa!

Auch ein Fernbleiben würde uns zwingen, Gesetze, Richtlinien und EG-Normen zu übernehmen, es bliebe uns nichts anderes übrig als der sog. «autonome Nachvollzug», wird befürchtet. Darum sollten wir die legalen Einflussmöglichkeiten innerhalb der EG wahrnehmen, also:

- Mitreden auf der formalen Ebene: Die EG und der Binnenmarkt '92 sind wirtschaftliche Projekte. Das Funktionieren der EG-Organen hat wenig zu tun mit einer parlamentarischen Demokratie, wie wir sie als politische Regierungsform gewöhnt sind. Alle legislativen Funktionen und Entscheidungen werden im Ministerrat wahrgenommen, der aus weisungsgebundenen Vertretern der nationalen Regierungen besteht. Sie werden weder gewählt, noch unterstehen sie in irgendeiner Form der öffentlichen Kontrolle. Im Gegensatz dazu kann das direkt gewählte europäische Parlament lediglich in zweiter Lesung zu vorliegenden Geschäften Stellung nehmen, aber nichts entscheiden.

Als EG-Mitglied bekäme die Schweiz das Recht, einen Bundesrat (oder Chefbesamten?) im Ministerrat zu stellen. Sie müsste den freien Zugang auf den europäischen Markt aber mit einer massiven Einschränkung der politischen Rechte in der Schweiz erkaufen (Unterordnung unter das Gemeinschaftsrecht, klare Kompetenzverlagerung vom Parlament zur Regierung und Verharmlosung von Initiative und Referendum bis zur Bedeutungslosigkeit). Dieser eine Bundesrat wäre also «unsere» offizielle Stimme in Brüssel. Wie transparent eine solche Vertretung sein wird, haben die EWR-Verhandlungen gezeigt, wo die Haltung der bundesrätlichen EWR-Delegation «mit Rücksicht auf die Verhandlungen» nicht bekanntgegeben wurde. Unsere Einflussnahme auf ein wirtschaftlich geeinigtes Europa hat also an einem kleinen Ort Platz. Aber nebst

den formalen Mitrede-Möglichkeiten gibt's ja noch:

- Die informelle Ebene: Die EG-Minister und 12000 Funktionäre holen sich Information und Beratung in Brüssel bei mehr als 3000 Konzernrepräsentanten, Unternehmensberatern, Wirtschaftsspezialisten und Verbandsfunktionären. «Time» schätzt die Honorare dieser Lobbyisten auf rund 325 Millionen Franken für 1989. Die Schweiz ist vertreten mit dem «Comité Suisse» (v.a. Banken, Versicherungen), und der Vorort ist jetzt auch mit einem ständigen Büro im europäischen Arbeitgeberverband vertreten.

Die Verschiebung von Entscheidungsbefugnissen weg vom regionalen, immerhin bekannten Filz der parlamentarischen Demokratie auf die europäische Ebene der Minister und ihrer Lobbyisten scheint uns keinen besonderen Kräftezuwachs für alternative Bewegungen zu bringen. Im Gegenteil: Die EG-bedingten, informellen Wege von Absprachen, Verhandlungen und Lobbyismus sind eine Deregulierung der Demokratie, die zum Zweck hat, Demokratie und Transparenz abzubauen.

Wir haben genügend Vorbehalte, um nicht in den - momentan aktuellen - Lobgesang auf die direkte Demokratie einzustimmen. Aber Initiative und Referendum können auch uns manchmal als Mittel dienen, um einige allzu liberalistische Unternehmer an minimale Regeln zu binden oder gewisse Themen überhaupt erst in die politische Diskussion einzubringen (GSoA). So völlig unbeachtet sollten wir diese «geregeltete Demokratie» also vielleicht doch nicht über Bord werfen.

*Die Frauengewerkschaft Schweiz wurde 1988 gegründet und kämpft gegen die Missachtung und Unterbezahlung der Frauen in der Arbeitswelt. Sie versucht, sämtliche von Frauen geleistete Arbeit sichtbar zu machen und zu würdigen. Sie steht grundsätzlich allen Frauen offen. Adresse: Postfach 8207, 3001 Bern. Tel. 031/22 95 26 (dienstags 13-15, donnerstags 17-19 Uhr)

Es ist ein blinder Mut, einfach festzustellen, dass dem Europa der Konzerne ein Europa der Bewegungen gegenübergestellt werden soll, wie dies Peter Bodenmann im Artikel weiter hinten tut, ohne allerdings den Ort zu nennen, wo denn diese Gegenüberstellung stattfinden soll und unter welchen Bedingungen.

Versprechen Nr. 2:

Der EG-Binnenmarkt bringt Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze.

Auch in der Schweiz sind die Unternehmen schon eifrig daran, sich auf das Europa des Binnenmarktes einzurichten; was wir allerdings zu spüren bekommen, ist eine ganz andere Art von wirtschaftlicher Strukturveränderung als die versprochene.

Beispiel 1, ABB: Die schweizerische Brown Boveri und die schwedische Asea fusionieren. Es ist die Rede von der Ausnutzung von Synergien und der Konzentration der Kräfte. Die Folge dieser Zusammenarbeit war u.a. ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen.

Beispiel 2, ASCOM: Um im internationalen Wettbewerb erfolgreich zu bestehen, bedürfe es einer Effizienzsteigerung, sagt Konzernleiter Heinz Frey. Auch hier spricht man von Konzentration und Straffung der Kräfte. Folge dieser zukunftsgerichteten Umstrukturierung: 1000 Entlassungen!

Beispiel 3, Gesamtarbeitsverträge: In der Maschinenindustrie will der Arbeitgeberverband auf 1993 nur noch einen groben Rahmen und die Friedenspflicht im GAV regeln, alles weitere soll «mit Blick auf die Gegebenheiten des internationalen Marktes» nur noch befristet und auf betrieblicher Ebene geregelt werden ... oder im Einzelfall und ausserhalb von Verträgen, könnten wir ergänzen.

Das geplante Wirtschaftswachstum – mal abgesehen davon, dass es (ökologisch) sehr fragwürdig ist – ist absolut kein Garant für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Rationalisierungen mit Hilfe neuer Technologien und Automatisierungen führen im Gegenteil zur Abkoppelung von Wachstum und Beschäftigung. Wem nützt wohl dieses «joblose» Wachstum?

Versprechen Nr. 3:

Die EG wird den Schweizerinnen dank fortschrittlicher Richtlinien die Gleichstellung quasi schenken.

Was der EG-Binnenmarkt den meisten Frauen beschert wird, haben zum Beispiel Susanne Schunter-Kleemann und Annette Goerlich/Margret Krannich be-

reits aufgezeigt. Sie haben insbesondere auf die zwingende Spaltung in ein paar privilegierte und eine Masse von zunehmend benachteiligten Frauen hingewiesen. Die unter schärferem Konkurrenzdruck stehenden Unternehmer werden die Produktionskosten vor allem via Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, via Ausdehnung ungeschützter Arbeit und Ausgliederung von Dienstleistungen zu senken versuchen. «Die bestehende geschlechtshierarchische Arbeitsteilung ist eine der wichtigsten Grundlagen, auf der diese Entwicklung stattfinden kann.» (Goerlich/Krannich) Folgen davon sind nicht nur die zunehmende Prekarisierung der Arbeit von Frauen und damit die Feminisierung der Armut, sondern auch eine «Feminisierung der Verantwortung». Aufgrund ihrer fast alleinigen Verantwortung für unbezahlte Arbeit (Hausarbeit, Pflege- und Erziehungsaufgaben) werden es Frauen sein, die z.B. die hauptsächlichsten Folgen der EG-bedingten ökologischen Zerstörung zu tragen haben. Frauen werden durch überproportionales Ansteigen der unbezahlten Arbeit die Verluste an Lebensqualität, so gut es geht, ausgleichen müssen.

Richtig ist, dass der EG-Binnenmarkt solche Entwicklungen nicht neu einleitet, sondern «lediglich» verschärft. Neu ist aber, dass unter Berufung auf die sog. «Europafähigkeit» diese Tendenzen jetzt auch von nationalen Regierungen vertreten werden. Schweizerische Beispiele dafür sind etwa die Aufhebung des Nachtarbeitsverbots für Frauen und die Tendenzen in der Landwirtschaftspolitik. Auf solche Entwicklungen mit einem programmatischen Wechsel auf die EG-Ebene zu reagieren ist fatal. Dass dort zu erreichen sei, wofür auf nationalstaatlicher Ebene mehr oder weniger erfolglos gekämpft wird, scheint uns ein gefährlicher Trugschluss zu sein – und Kernstück unserer Mittäterschaft. Christina Thürmer-Rohr hat in ihren Thesen zur Mittäterschaft aufgezeigt, dass gerade die Hoffnung auf Veränderung so häufig ein stützendes Element in Unterdrückungsverhältnissen jeglicher Art ist.

Für uns als feministische Gewerkschafterinnen verdeutlichen die genannten Tendenzen einmal mehr, wie notwendig eine Öffnung der Gewerkschaften in der künftigen Arbeitsmarktsituation ist. Dabei darf die heutige Orientierung am (weissen) zu hundert Prozent beschäftigten Lohn(fach)arbeiter nun nicht einfach um die Orientierung an ein paar qualifizierten Frauen erweitert werden, sondern die Konzipierung eines neuen Arbeitsbegriffs ist dringender denn je.

Voraussetzung dafür ist eine neue Analyse des Verhältnisses von Arbeit und Kapital, wie sie die Bielefelderinnen (Mies, Weis hoff) in die Diskussion gebracht haben. Eine feministische Analyse, die auch die unbezahlte, «unsichtbare» Arbeit miteinbezieht, läuft auch nicht Gefahr, Partikularinteressen zu vertreten, und verhindert somit die Spaltung der Frauen. Der Gedanke an die Dritte Welt und das glücklicherweise noch vorhandene Unbehagen gegenüber einer «Festung Europa» verkommt so nicht bloss zu einem Solidaritätsgestus, sondern wird in die Analyse miteinbezogen.

Die Diskussion um einen EG-Beitritt der Schweiz in ein anderes Licht zu setzen ist ein erster widerständiger Schritt. Es gilt vorerst überhaupt eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Als zweites müssen wir uns überlegen, wie gegen die genannten binnenmarktabhängigen Entwicklungen überhaupt anzukämpfen ist. Dazu müssen wir uns die Zeit nehmen zu überlegen, wie wir als Bewegung und als einzelne Frauen phantasievoll unsere Mittäterschaft aufkünden können. Es wäre fatal, aus lauter Angst, den EG-Zug zu verpassen, ihn beschleunigen zu helfen.

Auch die Angst davor, bei einem Nein zur EG zusammen mit reaktionären Kräften in einen Topf geworfen zu werden, gilt es zu überwinden. Nein zur EG muss nicht Ja zur schweizerischen Enge heissen, wenn es uns gelingt, die momentan herrschende Gleichsetzung der EG mit Europa zu durchkreuzen. Europafähig sind wir, aber nicht EG-kompatibel. Diese Angst vor unheiligen Allianzen und die scheinbare Ausweglosigkeit der Situation sind es vermutlich, die Frauen in der Schweiz bisher gehindert haben, in die Diskussion einzugreifen – ausser vereinzelt in einer Fluchtnach-vorn-Manier (vgl. SP- und SGB-Frauen). Dass wir die EG '92 zum Thema der 8.-März-Kundgebung dieses Jahres machen, wird hoffentlich dazu beitragen, dass sich viele Frauen angesprochen fühlen und das Diskussionsfeld nicht mehr allein den Männern und allfälligen zukünftigen Europaparlamentarierinnen überlassen.

Literatur

Susanne Schunter-Kleemann (Hrsg.): EG-Binnenmarkt – EuroPatriarchat oder Aufbruch der Frauen. Bremen 1990
Annette Goerlich/Margret Krannich: Die Auswirkungen des EG-Binnenmarktes auf die Lage von Frauen. In: Zwischen Staatshaushalt und Haushaltskasse. Bremen 1989
Christina Thürmer-Rohr: Vagabundinnen. Berlin 1987
FRAZ, März 1990, zum Thema EG

Für Bäuerinnen ist die EG vernichtend

Die EG nimmt ihnen endgültig die Möglichkeit der eigenständigen und vielfältigen Produktion, sie macht Bäuerinnen zu Abhängigen von europäischen Großmarktplänen, von Chemie- und Saatgutkonzernen, die EG macht sie zu billigen Heimarbeiterinnen und zerstört letztlich die bäuerlichen Existenzgrundlagen.

Wir veröffentlichen hier zwei Artikel von Bäuerinnen zur EG. Sie widerspiegeln die unterschiedlichen Einschätzungen und Positionen, die sich EG-Gegnerinnen in der Landwirtschaft entwickelt haben.

Wenn die Bäuerinnen die Arbeit niederlegten ...

Zusammenfassung des Gesprächs, das wir mit Maria Salchner, Bäuerin in Nieders, geführt haben.

Die Familie Salchner hat 3-4 Kühe, der Mann arbeitet im Neben-erwerb, Frau Salchner vermietet neben der Bewirtschaftung des 10 ha großen Hofes und den 3 Kindern noch 3-4 Ferienwohnungen. Diese Betriebsgröße entspricht der eines durchschnittlichen Tiroler Bauernhofes.

Als Bäuerin ist sie eine Gegnerin des Beitritts Österreichs in die Europäische Gemeinschaft. Um das BäuerInnensterben, das mit dem EG-Beitritt verstärkt eintreten wird, ist sie für eine veränderte Interventionspolitik des Staates. Sie will die Förderungspolitik verändern – vom Kopf auf die Füße stellen: von der Produktstützung hin zur Direktförderung bäuerlichen Arbeitens, von der Orientierung an der Menge der erzeugten Produkte hin zur Qualität, auch bezüglich der umweltfreundlichen Produktionsbedingungen, von der selbstverständlichen Inanspruchnahme der Gratisarbeit der Bäuerinnen hin zu einer sozialen Absicherung (Bezahlung, Farenz, Pension) und Wertschätzung ihrer Arbeit.



Wege in die Veränderung...

Als eine Zukunftschance für die Landwirtschaft betrachtet Frau Salchner die Wegentwicklung von der Produktförderung hin zur Direktförderung. Die Produktförderung, die einen dem Arbeitsaufwand entsprechenden Preis für die Produkte aus der Landwirtschaft zum Ziel hat, lässt sich bereits heute nicht verwirklichen.

Die Schere zwischen dem Arbeitsaufwand und den Produktionskosten z. B. für 1 l Milch und dem Preis für die Produkte aus der Landwirtschaft entwickelt sich ständig auseinander. Als eine Letzte Möglichkeit, diese Entwicklung zu stoppen, die letztlich ein BäuerInnensterben mit sich bringt, sieht sie die Förderung der Arbeit von Bäuerinnen und Bauern mittels anderer Kriterien:

Raubereitstellung:

Die vom Fremdenverkehr genutzte Kulturlandschaft ist eigentlich ein Nebenprodukt der Lebensmittelproduktion, eine gewachsene Kulturlandschaft. Frau Salchner meint, die Erhaltung der Landschaft durch Direktzahlungen z. B. in Form einer Kurtaxe durch die Touristen, aber auch durch Förderungen von Land und Bund bewerkstelligen zu können. Diejenigen, die davon profitieren, sollen auch bezahlen. Bezüglich der Landschaftspflege gibt es auch unter den Bäuerinnen unterschiedliche Positionen. Einige - so auch Theresia Oblasser, Bergbäuerin aus Salzburg - befürchten, daß damit der eigentliche Wert der Landwirtschaft, die Lebensmittelproduktion verloren geht. Auch Frau Salchner meint, daß das System der Direktförderung für Landschaftspflege nur funktionieren kann, wenn auch weiterhin produziert wird. "Wenn die Bäuerinnen und Bauern das Gras nur mähen sollen, um es nachher wegzuwerfen, wird es bald keine Landwirtschaften mehr geben."

Ökologische Landwirtschaft

Bauernschaften, die versuchen ökologisch zu produzieren, d. h. auf Grund, Wasser und Luft zu achten, ein extensives an die Stelle eines intensiven Wirtschaftens zu stellen, soll durch Förderungen diese Art des Wirtschaftens ermöglicht werden. Im Hinblick auf die EG sieht Frau Salchner kaum Chancen, diese Art der Direktzahlungen durchzusetzen, da "die EG eine Wirtschaftsgemeinschaft ist, in der der Umweltschutz sehr wenig zählt".

Nur wenn die Frauen die Arbeit niederlegen...



Die Gesellschaft muß es den Bauern und Bäuerinnen ermöglichen, den nötigen Arbeitsaufwand für die Aufrechterhaltung ihres Betriebes, in der Arbeitszeit und nicht wie jetzt nach einem 40-Stunden-Job zu erledigen. In der selbstverständlichen Tolerierung der Nebenerwerbsbauernschaften zeigt sich auch die geringe

Wertschätzung für die Leistungen, die die BäuerInnen für die Allgemeinheit erbringen. Derzeit können sich viele landwirtschaftliche Betriebe nur durch die unbezahlte Arbeit der Frauen erhalten. In dem Augenblick, in dem die Frauen ihre Arbeit niederlegen oder auch nur Entlohnung für ihre Arbeit fordern, können kleine Betriebe nicht mehr überleben. Die Hauptlast der Arbeit, insbesondere bei Nebenerwerbsbetrieben liegt ausschließlich bei den Bäuerinnen, die vielfach ein zusätzliches Einkommen durch die Fremdenzimmervermietung erarbeiten. Das bringt ihnen zwar ein Stück Unabhängigkeit vom Einkommen des Mannes, bedeutet aber zusätzliche Arbeit.

Bäuerinnen waren bis vor kurzem weder sozial- noch pensionsversichert. Frauen in der Landwirtschaft - so Maria Salchner - müßten sich verweigern und sich wehren. Ihre Arbeit brächte ihnen auch eine Macht, die sie noch nicht wahrnehmen. "Für jede Kuh, die ins Ausland verkauft wird, gibt es Stützungen bis S 8.000,- für die Frauen gibt es noch immer kein Geld."

Die schwierige Situation der BäuerInnen im Großraum der EG

Die EG heißt für uns:
niedrige Lebensmittelpreise
Verlust an Marktanteilen
Transit
Grundstücksverkauf

Frau Salchner meint, für alle Bereiche müßten frühzeitig Regelungen getroffen werden, mit denen Österreich dann als Forderungskatalog in die Verhandlungen in die EG geht. Sie sieht jedoch auch, daß alle Regelungen umgangen werden könnten.

Für sie ist es äußerst wichtig, daß sich die Bäuerinnen und Bauer mehr um die Direktvermarktung kümmern. Am europäischen Markt wird das nicht mehr möglich sein, darum müssen sich die BäuerInnen schon jetzt im Nahversorgungsbereich bemühen, ihre Produkte zu vermarkten.

Der Verlust von Marktanteilen ist in einem riesigen Europa ist bereits vorprogrammiert. Die österreichischen Betriebe sind schon allein aufgrund ihrer Größe nicht mehr konkurrenzfähig und Produktförderungen, wie sie heute noch existieren, werden am EG-Markt verboten sein.

Es muß weiterhin, so Frau Salchner, einen Binnenlandschutz geben. Es darf mit und ohne EG kein Recht geben, daß ein Land so aggressiv produziert, daß es ein anderes kaputt macht.

Zu gepflegte Natur wird zu zerstörter Natur

Landschaftspflege und EG

Das Wort Landschaftspflege bezeichnete ursprünglich den Nebeneffekt bäuerlicher Wirtschaftsweisen um die Gesellschaft auf unbezahlte (vielleicht) unbezahlbare Leistungen aufmerksam zu machen, die aber für alle von Nutzen sind. Als Folge dieser Diskussion wurde vom Bund Österreich der Bergbauernzuschuß und vom Land (Salzburg) eine Mähprämie geschaffen.

Seit aber die Diskussion um den EG-Beitritt stärker wurde, bekam das Wort Landschaftspflege eine neue Bedeutung. Es geht nun, meinem Gefühl nach, darum, die Bergbauern und Bäuerinnen einzuordnen und einzubinden in die Strukturen der EG: weg mit den Kleinbauern - hin zur industriellen Lebensmittelerzeugung. Für die Berg- und KleinbäuerInnen ist daher das Reservat Landschaftspflege vorgesehen.

Es gilt zwischen einer berechtigten Anerkennung der Landschaftspflege als Teil vielfältigen bäuerlichen Schaffens und der Umfunktionierung der BäuerInnen zu LandschaftspflegerInnen zu unterscheiden.

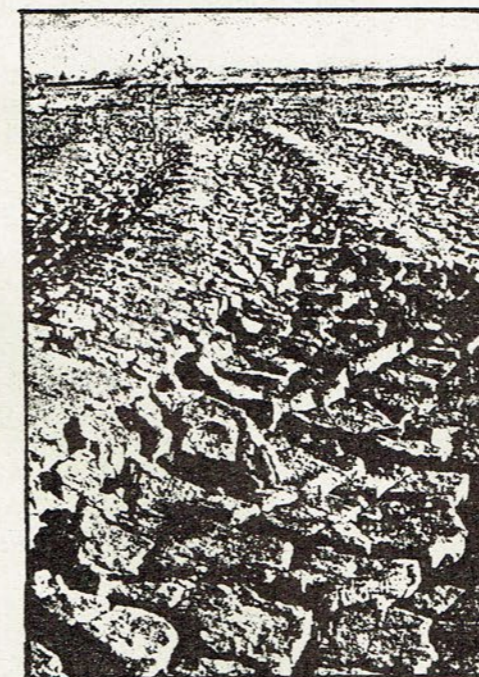
Landschaftspflege von oben bestimmt, und als solche beabsichtigt ist keine natürliche Entwicklung. Die BäuerInnen selbst würden sich von ihrem Verständnis her nicht als LandschaftspflegerInnen bezeichnen. Es ist auch kein neuer Weg - denn bisher war sie das Nebenprodukt ihrer Arbeit, wie das Tischlern eben auch Hobelspäne abwirft. Es würde aber den Tischler nicht befriedigen nur noch Hobelspäne zu erzeugen.



Unsere Landschaft ist sehr vielfältig und individuell, gerade das macht sie interessant und lebendig. Sie kann nicht künstlich und gezielt gemacht werden, sondern entsteht, indem Menschen hier leben, sie sinnvoll gebrauchen und gestalten. Wiesen und Hänge werden nicht gemäht, um sie zu pflegen, wie die Rosen vor dem Haus, sondern, weil Gras und Heu Futter, also

Lebensgrundlage für unserer Existenz sind. Auch die Alpen werden aus dem gleichen Grund bewirtschaftet. Bekämen wir für unsere Produkte einen gerechten Preis, wäre auch die natürliche Pflege und Erhaltung der Landschaft gesichert. In den letzten Jahren fielen aber Vieh- und Holzpreise auf das Niveau der siebziger Jahre.

Benußt für den Tourismus die Landschaft gestalten, wie es nach Meinung der Experten den Erlaubern beliebt, zerstört den Preis natürlich gewachsener Landschaft. Zu gepflegte Natur wird zu zerstörter Natur. Viele Erholungssuchende werden dies als Verlust betrachten und entschließen die Region verlassen. Wir Einheimische müssen weiter hier leben. Ich möchte als Bäuerin auch nicht der Bestandteil eines Museums sein, in dem nur noch hergezeigt und erhalten wird, was und wie alles geschaffen wurde. Ich möchte nicht nur nostalgische Erinnerungen wecken, sondern lebendig eingebunden sein in die Einheit Leben und Arbeiten am Land. Mit Strafen und Widerstreben gegen die Landschaftspflege-ideologie der EG-Befürworter und Politiker empfinde ich auch deshalb, weil sie ihre "neuen Perspektiven" als Geschenk präsentieren und schwachhaft machen wollen, ohne Rückfrage wie wir Betroffenen selbst dazu stehen und ob wir es überhaupt wollen. Wir diskutieren über den Verfall des Vieh- und Holzpreises, zer-



brechen uns den Kopf wegen des sinkenden Einkommens - in Wirklichkeit wird die gewünschte Entwicklung gesteuert, durch geheime unsichtbare Beschlüsse bäuerInnen-erner Gremien, Verwaltungen, Funktionäre. In Wirklichkeit ziehen Manager an den Fäden unserer Zukunft, ohne daß wir uns wehren könnten - wie Marionetten in der Hand des unsichtbaren Puppenspielers Schritte machen, die er sich ausdenkt, einmal in diese, dann in jene Richtung.

Gerade als Landschaftspfleger werden wir total von den jeweiligen Strömungen abhängig sein.

Schlußendlich noch die Frage - ist Landschaftspflege im umfassenderen Sinn, als Schutz und Erhaltung der Vielfalt und Gesundheit des Lebensraumes, nicht überall wichtig und notwendig, nicht nur in der Erholungsregion?

Soll einer Gruppe von LandschaftspflegerInnen eine Verantwortung aufgebürdet werden, die alle zu tragen haben und von der sich nicht die Einen durch Zahlungen freikaufen können, während sie durch Profitgier und Gedankenlosigkeit die Zerstörung beschleunigen?

Theresia Oblasser, Bergbäuerin in Salzburg



Wenn Frauen fliehen

Die Festung Europa



Die herrschende Realität verlangt, daß Flüchtlinge außerhalb Europas bleiben sollen, bzw. dort, wo sich die größten Flüchtlingsströme bewegen - in den Trikontländern selbst. Von einem Elend ins andere vom Kriegsgebiet in Flüchtlingslager, von den zerstörten Subsistenzwirtschaften* in Großstadtslums.. Die Zerstörung von selbstversorgenden Strukturen war immer schon ein Angriffsziel der Kolonialherren. Sie eroberten das Land der Bevölkerung durch Vertreibung, Ausrottung, militärisch unterstützte Mobilisierung der Menschen zur Arbeit in Bergwerken und auf Plantagen. Zwecks Exportfruchtanbau, Ausbeutung der Rohstoffe für die multinationalen Konzerne, wurden/werden billigste Arbeitskräfte verwertet. Die Existenzsicherung, die Überlebenssorge, nicht zuletzt das Gebären von Nachwuchs ist und war Aufgabe der Frauen. Die Nahrungsmittelherstellung, bzw. -beschaffung und die Sicherstellung der Wasserversorgung ist bei Auflösung der traditionellen Lebenszusammenhänge, ökologischer Zerstörung und dadurch ständiger Lebensmittelknappheit ein Kampf gegen Hunger und Tod.

Durch die Strategie der Weltbankgruppe, der sog. Grünen Revolution in den sechziger Jahren, wurde die Subsistenzwirtschaft beinahe vollständig zerstört. Die Arbeit der Frau verlor ihren Stellenwert innerhalb der Lebensgemeinschaften, sie wurde immer mehr individuell für das Überleben der Familie verantwortlich. Auf Ländereien der Großgrundbesitzer, die von der Weltbank durch Kredite gefördert sind/waren, wurden Männer als Tagelöhner, Wanderarbeiter und Lohnarbeiter vermutzt, oder in die Städte zur Fabrikarbeit getrieben.

Frauen waren einer doppelten ökonomischen Ausbeutung unterworfen: sie arbeiteten zusätzlich zur Existenzsicherung der Familie als Saison- und Plantagenarbeiterinnen und für die örtlichen Märkte. Vielen Frauen wurde das Überleben am Land mehr und mehr unmöglich gemacht - sie konnten sich und ihre Familien nicht mehr ernähren, flüchteten in Slums oder von Gebieten militärischer Auseinandersetzung in Flüchtlingslager. Dort nehmen sie eine zentrale Stellung ein, z.B. in deren Organisation. In den sechziger Jahren entwickelten die USA "food for work" Programme für den Einsatz in Elendsvierteln der Städte. Das ist eine Form von Arbeit, die an Frauen gerichtet ist. Getreideüberschüsse in den USA veranlassten dazu, neue Märkte zu suchen - Lebensmittel wurden Waffen zur Durchsetzung politischer und ökonomischer Interessen der USA, sowie zur Kontrolle und Beeinflussung abhängiger Staaten. Getreide wurde von AID* über Hilfsorganisationen wie z.B. Caritas*, OFASA*, SEPAS* an das jeweilige Land weitergegeben. Diese organisierten dann (Beispiel Peru/Lima) Mutterclubs, Volksküchen, "food for work" Programme. Frauengruppen mußten damit Arbeiten für das kommunale Interesse verrichten und bekamen dafür eine bestimmte Lebensmittelmenge.

Die Arbeit war hart, sie beutete die Frauen aus. Es wurden kaum Arbeitsgeräte beigestellt die Arbeitsbedingungen gefährdeten die Gesundheit aufs äusserste, es gab kein Krankengeld, die Arbeit wurde kontrolliert und überwacht. OFASA ließ die Frauen zwei Wochen unentgeltlich "probearbeiten", später mußten sie 20 Stunden und mehr pro Woche arbeiten. Mit dieser "Selbsthilfepolitik" werden Frauen gezwungen Latrinen, Abwässersysteme, Schulen zu errichten, faktisch um mit einer geringen Lebensmittelmenge überleben zu können. Nutzniesser sind der Staat und in weiterer Folge die Imperialisten, die die Frauen für sich arbeiten lassen. Zusätzlich werden diese Programme dazu genutzt, die Bevölkerung untereinander zu spalten und die Ausbeutungsverhältnisse zu verschleiern. Nur ein bestimmter Teil der Menschen wird nach wie vor in diese Programme eingebunden, obwohl es allen an Nahrung fehlt. Die Imperialisten haben erkannt, daß die Frauen die wichtigste Basis der sozialen Bewegungen in den Elendsvierteln sind. Deshalb müssen sie kontrolliert, gespalten und eingebaut werden in eine die Abhängigkeit fördernde Ausbeutungsmechanik.

US-Landwirtschaftsminister Butz sagte 1974 auf der Welternährungskonferenz in Rom: "Nahrung ist ein Werkzeug, sie ist eine Waffe im Verhandlungspaket der USA".

Es sind viele grausame Waffen, die gezielt gegen die Völker des Trikont und im speziellen gegen die Frauen eingesetzt werden. Dazu gehört die künstliche Schaffung von Hungersnöten durch bewußte Zerstörung der ökologischen Grundlagen, Kriegstreiberei - Aufhetzung der Völker gegeneinander bzw. direkte Eroberung von Ländern durch die (Neo-)kolonialisten. So soll nicht verwertbares Menschenmaterial vernichtet werden. Ein gezielter Angriff erfolgt von daher auf die Gebärfähigkeit von Frauen: Zwangssterilisation und Familienplanung dient der rassistischen Politik als Vernichtungsinstrument gegenüber "Minderwertigen" den "Unproduktiven", den für das Kapital "überflüssigen" und der wichtigen vorsorglichen Aufstandsbekämpfung. Gen- und Reproduktionstechnologien werden in Zukunft eine immer größere Rolle darin spielen! Die Drei-Monatsspritze, die in USA, Europa wegen starker Nebenwirkungen verboten ist, wird massenweise an Frauen verabreicht, und zum Beispiel im kambodschanischen Flüchtlingslager in Thailand eingesetzt. 1969 wurde bekannt, daß in Kolumbien an 40 000 Frauen Sterilisationsexperimente durchgeführt wurden. Viele Frauen verweigerten diese Gewaltmittel zur Geburtenreduzierung - das Bevölkerungswachstum konnte nicht verhindert werden.

Die neuen Geburtenkontrollprogramme werden von der Weltbank als "Modelle zur Frauenförderung" verkauft, kreditsuchende Regierungen damit unter Druck gesetzt.

Diese Frauenförderungsprogramme bestehen aus sogenannten "einkommensschaffenden Projekten, die Haus-, Hand- und Landarbeit der Frauen verlängern und zwar durch zusätzliche intensive Arbeit für den städtischen Markt, Tourismus oder Export (Heimarbeiten wie Knüpfen, Sticken..). Sie sind mit Sterilisierungskampagnen und Verhütungspropaganda verknüpft. Ein Kredit wird nur dann vergeben wenn die Frau sich zur Sterilisation verpflichtet (Thailand). Ab den siebziger Jahren wurden in Venezuela "Hausfrauenkredite" vergeben, die Frauen in Abhängigkeit und zu höchster Arbeitsleistung trieben. Und das zusätzlich zur Reproduktionsarbeit* unter den sowieso schwersten Bedingungen. So wird weibliche Arbeitskraft billigst vermutzt. Alle Maßnahmen der Entwicklungshilfe zielen darauf ab, die unbezahlte Reproduktionsarbeit zu stärken und erhalten. Durch die Selbstausbeutung der Frauen, ihre Mehrarbeit,

soll das durch Ausbeutung entstandene Elend in den Trikontländern aufgefangen werden. Die Verwendbarkeit und Veränderbarkeit der von Frauen geleisteten Arbeit soll ökonomisch so gut wie möglich verwertet werden, je nach Bedarf in der Subsistenzwirtschaft oder/und im marktwirtschaftlichen Sektor. Gemäß Weltbankstrategie sollen die Frauen ihre "Produktivität" steigern - ohne daß es dabei zu einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation kommen darf. Im Gegenteil: "Hausfrauisierte" Arbeitskräfte sind diejenigen, denen eine Warenproduktion ohne Lohnarbeit zugemutet werden kann. Hausarbeit ist unsichtbar - die Hausfrau wird als selbstverständliche Produzentin für Überleben und Leben festgemacht, bzw. erst erschaffen. Ihre Arbeit wird als "einkommenerzeugende Aktivität" verstanden und zu viel niedrigerem Preis als männliche Arbeit gekauft.



FLUCHT VON FRAUEN

Nicht alle Frauen, die nach Europa kommen, kommen als "Flüchtlingsfrauen". Viele Frauen können gar nicht um Asyl ansuchen, sondern werden über andere Wege nach Europa gebracht. Die Realität der "Flucht" von Frauen ist auch noch eine andere, eine die fast selbstverständlich ist und nach deren Hintergrund nicht mehr gefragt wird, oder so eine Realität ist, die nicht gesehen wird:

* Frauen werden dazu genötigt/gezwungen Drogen illegal über die Grenzen zu befördern. Oft wird ihnen gar nicht gesagt, warum sie nach Europa fliegen sollen und dafür bezahlt bekommen oder sie werden überhaupt belogen. Werden sie erwischt, sitzen sie jahrelang in Gefängnissen (Frauengefängnis Schwarzau/NO), völlig isoliert, ohne Kontakte nach außen, mit dem Rassismus im Kerker konfrontiert.

* Subsistenzwirtschaft: sich selbst wirtschaftlich tragende autonome Versorgungsstruktur

* Weltbank/IMF: 1944 gegründet, 146 Mitgliedsstaaten, Stimmverteilung in Prozent (1984): 19 Industrieländer 60,7% (davon USA 19,8%; GB 6,8%; BRD 6,0%) 31,3% sog. Entwicklungsländer Der IMF, die Weltbank, und das internationale Zollabkommen GATT sind drei intern. Einrichtungen, die geschaffen wurden, um die imperialistische Politik nach 1945 neu zu gestalten.

IMF=Internationaler Währungsfond
IMF/Weltbank sind Sonderorganisationen der UNO

Von 6.-8.7. 1992 findet in München der Weltwirtschaftsgipfel (WGG) statt, wo die sieben reichsten Industrieländer (siehe auch Stimmverteilung in IMF) sich treffen, um weitere Vernichtungspläne ("Entwicklungs-politik" in ihnen Gängen) zu beschließen.

Der IMF soll Länder mit Zahlungsbilanzdefiziten unterstützen. Länder, die dem IMF/der Weltbank beitreten wollen, sind sofort in die kapitalistische Entwicklung eingebunden, denn: ohne IMF keine Mitgliedschaft in der Weltbank, und ohne Einhaltung der IMF-Bedingungen keine Weltbankkredite..

* AID: Agency for International Development (Agentur für internat. Entwicklung). Ist direkt der US-Regierung bzw. dem Außenministerium unterstellt und arbeitet eng mit dem CIA (US-Geheimdienst) zusammen. Nationale Geheimdienste werden durch AID unterstützt, in Form von Nachrichtentechnik, Spionage, Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit und Verbrechensbekämpfung. Für diese geheimdienstlichen und militärisch/polizeilichen und bevölkerungspolitischen Aktivitäten sind bis 1976 bereits 50 AID-Stationen auf der ganzen Welt eingerichtet.

* Caritas: Partnerorganisation von Catholic Relief Services

* OFASA: Partnerorg. von Church World Services (nordamerikanische protestantische Sekte)

* SEPAS: Seventh Day Adventist World Service

* Reproduktionsarbeit: Bewußt unsichtbar gemachte "typische" Frauenarbeit (Hausarbeit, Kinderkriegen, Kinder aufziehen - ökonomische, psychische und physische Unterstützung des Mannes). Überlebensarbeit, unbezahlt, unbewertet. Vom Kapitalismus so geschaffen und zementiert zwecks Ausbeutung und Überausbeutung.



- * FRAUEN AUS Asien, Afrika, Lateinamerika werden "heiratsvermittelt" - und dadurch Eigentum eines europäischen Mannes. Sie leben eingesperrt, sexuell verfügbar und völlig kontrolliert.
- * Frauen werden durch Menschenhandel nach Europa verschleppt und gezwungen durch Prostitution zu überleben. Für viele Frauen ist die Prostitution der einzige Weg überhaupt zu Geld, Wohnung, Nahrung zu kommen.
- * Frauen flüchten aus Gebieten/ Ländern, die durch europäisches/ amerikanisches Kriegsgerät bzw. durch direkte militärische Invasionen der NATO zerstört und zerborbt werden und die zuallererst eine Überlebenschance für sich und in den meisten Fällen für ihre Kinder suchen. (Golfkrieg !!) Viele von denen, die Europa erreichen wollen, können das nicht, weil sie nicht die notwendigen Mittel dafür haben, weil die Fluchtwege zu entbehrungsreich und unständig vor allem für Kinder sind.
- * Frauen werden politisch verfolgt. Sie kämpfen weltweit in anti-imperialistischen und/oder nationalen Befreiungskämpfen, die zu einem großen Teil überhaupt von Frauen getragen werden. Es gibt im Trikont einen starken Frauenwiderstand, den die HERRSChenden mit allen Mitteln bekämpfen.

Frauen sind auf der Flucht, weil sie durch ökonomische und sexuelle Unterdrückung des imperialistischen Patriarchats nicht so leben können, wie sie leben wollen, oder gar nicht überleben können. Frauen sollen gemäß der Logik des imperialistischen Patriarchats gezwungen werden, in ihren Ländern zu bleiben, dort sich als Billigstarbeitskräfte für amerikanische/europäische Konzerne ausbeuten lassen, in Prostitutionsgewerbe arbeiten, um zahlungskräftige Sextouristen anzulocken, Heimarbeit zu schlechtesten Bedingungen tätigen, als Experimentierfeld für Verhütungsmittel erhalten, für Großgrundbesitzer Schwerstarbeit leisten.....Deshalb werden umso mehr die Grenzen dichtgemacht für die Frauen, die nach Europa kommen, um hier um Asyl anzusuchen: sexuelle Verfolgung ist kein Asylgrund (Vergewaltigung, sexuelle Folter, Diskriminierung von Lesben, Frauen, die sich nicht an Ver- bzw. Gebote gegen Frauen halten). Die Asylpolitik in Österreich ist beispielgebend. In der Mißbehandlung von Flüchtlingsfrauen zeigt der Staat deutlichst sein sexistische Fratze. Ihre Bedingungen überhaupt hereinzukommen, Asyl zu kriegen, Arbeit/ Wohnung zu finden sind doppelt erschwert durch die Tatsache, Frau zu sein. Die Benachteiligungen zeigen sich auf rechtlicher, sozialer Ebene - zeigen sich im Umgang der konkreten zuständigen männlichen Amtsgang mit den Frauen. Sie haben keinen ANSPRUCH AUF weibliche DolmetscherInnen, BeamtInnen. Zur rassistischen Unterdrückung kommt die sexistische (Diskriminierung aufgrund des Frauseins) dazu.



- * Frauen bekommen schwerer Asyl als Männer, wenn sie angeben, politisch verfolgt zu werden, weil angenommen wird, eine Frau könne von sich aus ja gar nicht politisch sein. Und was politischer Widerstand ist bestimmt die Behörde. Waffenschmuggel, Versorgung und Unterstützung der Guerilla, Landbesetzungen, öffentliche Proteste, Hungerstreiks, gelten gemäß männlichem Denkmuster nicht als wahrhaftig politisch. Asylgesuche werden nach dem Muster geprüft, das auf Männer angepasst ist.
- * Wenn eine Frau ihrem Mann ins ASylland folgt, ist ihr Aufenthaltsrecht an das des Mannes gebunden. Außer sie bekommt eine Arbeitsbewilligung, geht arbeiten - was selten möglich ist, wenn sie Kinder hat. Möglichkeiten der Kinderbetreuung sind finanziell untragbar, zudem, wenn überhaupt findet man leichter Arbeit als Frau. Frauen, die durch Menschenhandel (durch europäische Männer gekauft) nach Europa/österreich verschleppt werden, sind extrem an ihren Käufer gebunden. Denn wenn sie sich trennen wollen, fällt das Aufenthaltsrecht für sie weg. Sie müssen ein Asylsuchen stellen, das in allerallermeisten Fällen negativ ausfällt.
- * Für Migrantinnen ist es sehr schwer, sich gegen männliche Gewalt zu wehren - z.B. vor Gericht zu gehen und damit zu riskieren, daß der Mann abgeschoben wird, bzw. die finanzielle Absicherung zu verlieren.

Zudem die rechtlichen Beteiligungen gegenüber österreichischen Frauen:

- * Migrantinnen bekommen keinen Unterhaltsvorschuß. (d.h. wenn eine österr. Frau sich scheiden läßt und der Mann keinen Unterhalt zahlen will/kann, schießt der Staat das Geld vor und treibt es dann vom Mann ein)
- * Geburtenbeihilfe gibt es nur, wenn die Frau unmittelbar vor der Geburt seit 3 Jahren ununterbrochen in Österreich gelebt hat.
- * Anspruch auf Sondernotstandshilfe gibt es nur mit Befreiungsschein.

Diese Beispiele lassen sich fortsetzen. Die Situation asylwerbender Frauen in Europa ist Bestandteil rassistischer und sexistischer Verflechtung der Bedingungen, die der Imperialismus für seine Machtmanifestation braucht. Widerstand muß die Antwort solidarischer Menschen sein.

EG FLÜCHTLINGS- und MIGRATIONSPOLITIK

Das Schengener Abkommen wurde 1986 von Frankreich, BRD, Benelux - Staaten ratifiziert. Weitere Staaten haben die Bestimmungen bereits nachvollzogen, bzw. sind dabei. Diese Staaten sind: Großbritannien, Österreich, die CSFR, Polen und Ungarn. Italien, Portugal und Spanien sind beigetreten, ohne es zu ratifizieren. Mit 1992 ist das Abkommen in Kraft. Seine Bestimmungen haben zum Ziel, die EG-Politik des Abschiebens, Selektierens, Ermordens von Flüchtlingen durchzusetzen.

"Arbeitsfähige" Menschen, vor allem aus dem Süden der EG sollen am freien Markt gehandelt werden. Menschen aus dem Trikont sollen möglichst überhaupt draussenbleiben - soweit sie nicht verwertbar für das europäische Kapital sind. Nachdem Europa, und da vor allem die BRD, den osteuropäischen Markt an sich binden will, sind mit diesen Ländern Möglichkeiten geschaffen worden, "billigste" Arbeitskräfte in die EG zu importieren, und den Nichtbrauchbaren die Grenzen zu sperren. Polen, Ungarn, CSFR, trafen im Sommer 91' eine Vereinbarung, die besagt, daß alle Flüchtlinge an ihren Grenzen, die keine Papiere/keinen Sichtvermerk haben sofort und unweigerlich abgeschoben werden. So haben diese Staaten eine "Ausfilterungs"-funktion für die EG. Gemäß Schengen werden sogenannte "Drittausländer" automatisch abgewiesen, wenn sie schon zuvor in einem anderen Schengenland abgelehnt wurden. Schengen ist ein Abschnitt auf dem Weg einer koordinierten Flucht und Migrationspolitik. Zur Durchführung dieser gemeinsamen Politik sind die passenden, notwendigen Instrumente geschaffen worden:



über Sozialhilfeempfang, politische Betätigung, verlorener Paß, Wohnverhältnisse, Straftaten, "Scheinehe", angebliche Prostitution, HIV-Infektion (oder Verdacht), (vermuteter) Drogenkonsum Alle öffentlichen Stellen melden ihre erhobenen Daten an dieses Zentralregister. Mittlerweile wird jeder Flüchtling/jede Frau als Flüchtling an den deutschen Grenzen erkenntlich ... mißhandelt (Fingerabdrücke, Foto...). diese Daten werden im Computer des Bundeskriminalamtes gespeichert, verarbeitet, weiterverwendet.

Über das SCHENGENER INFOSYSTEM (SIS) wird ein gemeinsames Sach- und Personenfahndungssystem zur Kontrolle im Inland, an den Außengrenzen und zur Visumvergabe aufgebaut. Das heißt, ein riesiges Datennetz soll die totale Kontrolle garantieren (grenzüberschreitende Fahndung und Zusammenarbeit über Datenvernetzung, gemeinsame verdeckte Registrierung & Kontrolle von Personen, Präventivverhaftungen (= Vorbeugehaft)...) und logisches Instrument dieser rassistischen Politik, ein EG - weites " ZENTRALREGISTER ÜBER ALLE "AusländerINNEN " Eib einheitlicher europäischer Sichtvermerk (einheitliches Einreisevisum), Vereinheitlichung der Visumpflicht, Abweisung aller Flüchtlinge ohne Visum sind weiters in Planung und Realisierung. Beispielgebend ist das deutsche Ausländerzentralregister (AZR). Dort sind zur Zeit mehr als 10 Millionen Datensätze gespeichert. Informationen

Schengen ist die Basis, auf der die einzelnen Staaten, zwecks Schlagkraft und Effizienz ihre nationale rassistische Flüchtlingsjagd durchsetzen. Beispiel ÖSTERREICH: Ö. hat in den letzten zwei Jahren eine Reihe von Gesetzen/Gesetzesänderungen erlassen, die eindeutig in EG-Konformität stehen, vor allem was die Politik gegen MigrantINNEN betrifft. (es werden nicht alle Gesetzesänderungen berücksichtigt)

+ das MELDEGESETZ(1991):

Zur sowieso schon horrenden Wohn- und Mietverhältnissen von Migrant:innen kommt, daß der Vermieter/die Vermieterin ihre Unterschrift auf den Meldezettel geben muß. Daß heißt, daß diese bestimmen können, wieviele Leute und klarerweise wer in der Wohnung bzw. Behausung (Kellerloch...) wohnen dürfen.

+ das NIEDERLASSUNGSGESETZ(1992 Entwurf):

Menschen, die sich in Österreich niederlassen wollen, müssen in der österr. Botschaft in ihrem Heimatland darum ansuchen. Sie müssen Arbeitsplatz, Wohnung (genau vorgeschriebene Größe...) in Ö. von vorneherein nachweisen können.

Mit diesem Gesetz wird selektiv: wen die österr. Wirtschaft verwerten kann - wen nicht.

+ 1990: Verschärfung des ASYL-, PAß-, und FREMDENPOLITZEIGESETZES, sowie ein Gesetz über die BUNDESSTREIFUNG VON ASYLWERBERN.

1992: weitere Verschärfung durch das NEUE ASYLGESETZ:

Wenn ein/e Migrant:in keine Dokumente vorweisen kann, ist ein Asylantrag "offensichtlich unbegründet".

Auch ist er das "wenn der Asylwerber Staatsangehöriger eines sicheren Staates ist". Z.B. wird von österr. Behörden der Türkische Staat als "sicher" bezeichnet.

Es dürfen nur diese Flüchtlinge einreisen, die direkt aus dem Verfolgerland kommen, also entweder per Flugzeug kommen, oder Staatsangehörige eines Nachbarlandes sind. Ungarn und Jugoslawien schieben alle Flüchtlinge direkt in die Länder ab, aus denen sie kommen.

Mit dem neuen Gesetz gibt Österreich auch die mit EDV erhobenen Daten über Flüchtlinge an andere Staaten weiter, was bislang illegale Praxis war, bzw. durch die Legalisierung im Nachhinein, erlaubt/erwünscht war.

Autonome Frauen - GRAZ



Die "FESTUNG EUROPA" ist ein Eckpunkt in der Politik der EG. Es ist eine Festung gegenüber Flüchtlingen und nicht verwertbaren Einwander:innen. Die österr. Regierung arbeitet fleißig daran mit, durch den Militäreinsatz an den Grenzen zusammen mit den faschistoiden Gesetzen das Land mehr und mehr flüchtlingsfrei zu machen, die Politik der Abschottung - und Vernichtung gegenüber flüchtenden Menschen zu garantieren.



Liebe Lesben



Wir, einige Münchner Lesben, beschäftigen uns mit dem Thema: Lesben in der Europäischen Gemeinschaft bzw. damit, was zukünftig die Europäische Gemeinschaft sein wird. Wir befürchten, daß die zukünftige EG für die Lebensbedingungen von Lesben verheerende Folgen haben wird.

Deswegen interessieren uns eure Lebensbedingungen, wie sie jetzt sind und eure Einschätzung, wie sie sich ändern werden. Im Juni findet in München der Weltwirtschaftsgipfel der 7 größten Industrienationen statt (wir haben sie nicht eingeladen). Dazu gibt es von einem breiten Frauenbündnis eine Reihe von Gegenveranstaltungen, zu denen Lesben und andere Frauen aus der ganzen BRD und Nachbarländern erwartet werden. Weil wir in diesem Rahmen die Möglichkeit haben, viele Lesben zu erreichen, werden wir eine oder mehrere Veranstaltungen zum Thema "Lesben in Europa" machen.

WIR BRAUCHEN DAZU EURE HILFE!

Wir wünschen uns von euch Material/Informationen, persönliche Einschätzungen zu den folgenden Themen:

(und natürlich auch zu allem anderen, was euch sonst dazu wichtig erscheint)

*welche lesbischen Strukturen/Zusammenhänge habt ihr euch erkämpft?

*welche Gesetze und Verordnungen in bezug auf Lesben bestehen bis jetzt bei euch? (familienrecht, Adoptionsrecht, Informationsrecht etc.)

werden sie angewandt, und wenn ja, wie? Welche Gesetzesänderungen sind zu erwarten?

*welche gesellschaftlichen Diskriminierungen erfahrt ihr z.B. in Arbeit, privatem Umfeld, Wohnen, Kirche, Männergewalt etc.?

*welche Forderungen bestehen von Lesbenbewegungen/gruppen an Gesellschaft, Staat, Kirche etc.?

Bitte fühlt euch nicht überfordert!!!

Wir erwarten keine Vollständigkeit. Schreibt wozu ihr Lust habt! Wir haben gemerkt, daß wir wenig über eure Situation in den einzelnen Ländern wissen und haben auch wenig Material gefunden und finden es sowieso besser, von euch direkt zu erfahren, was euch bewegt.

Die Gestaltung unserer Veranstaltung ist noch völlig offen und hängt auch von euren Beiträgen, Informationen und Vorstellungen ab. Wir arbeiten nicht innerhalb der Mobilisierung gegen den WWG. Unsere vorrangige Idee (und Wunsch) ist es,

zu einem Austausch unter Lesben aus den verschiedenen europäischen Ländern zu kommen, weil es für uns notwendig ist, die zu erwartenden Veränderungen/Bedrohungen für Lesben gemeinsam zu erkennen, um uns gemeinsam dagegen zu wehren. Wir bemühen uns um Gelder für diese Veranstaltungen, was uns eventuell ermöglicht, eine oder mehrere Referentinnen einzuladen. Falls eine von euch Lust hat als Referentin zu kommen, schreibt uns das bitte.

Liebe Lesben, da die Zeit drängt, schickt uns bitte bald, möglichst bis Ende April, alles was ihr in der Veranstaltung drin haben wollt. Falls es länger dauert oder wenn ihr keinen Beitrag schickt, gebt uns bitte trotzdem Bescheid. Wir hätten diesen Brief gern in alle Sprachen, die ihr sprecht, übersetzt. Wir hoffen, daß es keine Schwierigkeiten mit der Übersetzung gibt.

mit lesbischen Grüßen

KIMAL



P.S. Selbstverständlich bekommt ihr von uns einen Bericht über die Veranstaltung zugeschickt, wenn ihr das wollt.

Schickt eure Antworten bitte an folgende Adresse:

Frauenmusikgruppe KIMAL

Nympfenburgerstr. 182, 8000 München 19, BRD

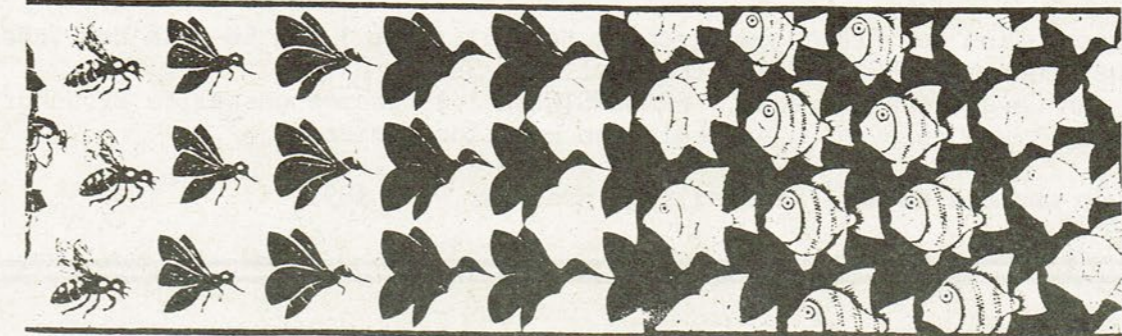
Wos die Bairin nit kennt, ißt se nit



1993 soll das "NOvel-Food"-Gesetz der EG in kraft treten. Nach diesem Gesetz können dann Nahrungsmittel aus "synthetischen Substanzen, neuen und exotischen Rohstoffen" (Gesetzestext) ohne Kennzeichnungspflicht auf den Markt - sprich EWR - gebracht werden.

Bestehende nationale Einschränkungen und Zulassungsverfahren werden meist gänzlich außer kraft gesetzt. Laut EG-Gesetz müssen nämlich gentechnisch erzeugte Nahrungsmittel nur dann ein gesondertes Prüfverfahren durchlaufen, wenn sie eine "fundamentale Veränderung" in ihrer Zusammensetzung oder ihrem Nährwert erfahren, was aber in der Logik der Gen-Ingenieure nicht der Fall ist, denn die "chemische Zusammensetzung bleibe ja die gleiche". Das Herstellungsverfahren bleibt in diesem Gesetz völlig ausgeklammert. Das bedeutet, daß fast alle Genprodukte in Naturkost umgelogen werden.

Stop den Gen- und Reproduktionstechnologien



Bereits jetzt wurden weltweit über 30 Nutzpflanzen gentechnisch umgerüstet: eine Supertomate, die auch noch nach 120 Tagen an der Luft fest und orange ist, haben Pflanzengenetiker in Kalifornien entwickelt. Biotechniker versuchen, den Kaffepflanzen das Coffein wegzuklonen und Unkrautvertilger sollen in Düngemittel verwandelt werden. Dies sind nur einige Beispiele aus der weltweit staatfindenden Forschung.

Ziel dieser Umrüstung ist es, Reifungsprozesse von herkömmlichen Nahrungsmitteln mittels genmanipulierter Bakterien, Hefen, Enzyme oder Aminosäuren zu beschleunigen. Oder durch den direkten Eingriff in die Erbinformation der jeweiligen Pflanze gänzlich andere oder "neue" Produkte zu erzeugen.

Dies alles verspricht immer noch größere Profite für einige wenige. Im Jahr 2000 werden 8 Multis die gesamte Lebensmittelproduktion der Welt beherrschen und damit die Preise kontrollieren.

Die Betreiber der Forschung sind in erster Linie die altbekannten Pharmakonzerne wie z. B. Montsanto, Merck, Hoechst, Unilever, ICI, Feruzze und Rhone-poulenc, die sich In Brüssel zur "Senior Advisors Group Biotechnology" zusammengeschlossen haben, um ihren Einfluß auf die EG-Gesetzgebung geltend zu machen.

Einige Literatur zum Thema: Die EG und die Frauen

Hortense Hörburger (Hg.), Europas Frauen fordern mehr. Die sozialen Dimensionen des EG-Binnenmarktes am Beispiel der spezifischen Auswirkungen auf Frauen, Marburg, Sp-Verlag 1990

Auftragsforschung der Hans-Böcklerstiftung. Untersuchung zu den Auswirkungen des vollendeten Binnenmarkts für Frauen, Auslotung der Bereiche Teilzeitarbeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse von Frauen, Bemerkungen zu den Schutzgesetzen, zur neuen Mobilität und zum System der sozialen Sicherheit. Informative Zusammenstellung, mit Übersichten und Auszügen relevanter Gesetze - Kritik und Veränderungsvorschläge le ben institutionenimmanent.

Susanne Schunter-Kleemann (Hg), EG-Binnenmarkt - Europatriarchat oder Aufbruch der Frauen? SR der wissenschaftlichen Einhaeit Frauenstudien und Frauenforschung an der Fachhochschule Bremen, 1990

Informative und kritische Beiträge zur EG-Gleichstellungspolitik, Familienpolitik, Teilzeit und Beschäftigungssituation von Frauen. Insgesamt eine Kritik an der institutio nellen Gleichstellungspolitik in der EG als Sozialdumping nach unten (vgl Femini sierung der Armut)

Florence Hervè(Hg), Frauenzimmer im Haus Europa, Papyrossa Verlag, Köln 1991. Eine Zusammenschau unterschiedlich guter Artikel zu "35 Jahre Europäische Gemein schaft: Für Frauen eine magere Bilanz". Die Artikel reichen von der **Bildungs offen sive und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen** in den einzelnen EG-Mitglieds ländern, von der Kritik an der Flexibilisierung in " **Die freie und flexible Familie** " von den unterschiedlichen Regelungen und Praxen der Abtreibung, den Migrationsbe wegungen in und an der Festung Europas in " **Begrenzt grenzenlos** " zur Analyse der EG-Frauenpolitik und zu Berichten aus den (Noch)nicht EG-Ländern, auch aus der Schweiz und Österreich.

Dokumentation der Frauengewerkschaft Schweiz (fgs) zur EG- ein Herrschaftsprojekt, zu beziehen bei: FGS, 3011 BErn, Bollwerk 39
Von den Gewerkschaftsfrauen (**FRAUENSTREIK !**) zusammengestellte Broschüre (lose Blätter) von relevanten Artikeln und Positionspapieren

Frauen und die EG 92, Frauenzeitig Fraz, Nr. 37, 1991

**Wer wenn nicht wir.
Wann wenn nicht jetzt.**

Eine Rauminstallation
von Christine Susanna Prantauer

Das Autonome Frauen/Lesbenzentrum Innsbruck, lädt alle Frauen/Lesben herzlich zum Besuch der Rauminstallation von Christine S. Prantauer ein.

Die Ausstellung ist in der Zeit vom 22. Mai bis 5. Juni 1992 in den Räumen des autonomen Frauen/Lesbenzentrums, Liebeneggstr. 15 zu sehen.

VERANSTALTUNGEN

28.5.: VORBEREITUNGSTREFFEN ANTI-EG-DEMO , 20.30 Uhr

1.6.: FRAUENPLENUM, 20.30 Uhr

Darstellung des FZ nach außen
Erstellung und Koordinierung Veranstaltungs-
kalender für den Herbst

3./4.6: ELEKTROKURS, 19 uhr

4.6.: VORBEREITUNGSTREFFEN ZUR ANTI-EG-DEMO, 20.30 Uhr

11.6.: VORBEREITUNGSTREFFEN ZUR ANTI-EG-DEMO, 20.30 Uhr

13.6.: ANTI-EG-FRAUEN/LESBENDEMO

Treffpunkt Landhausplatz, 10 uhr

21.6.: Aus-FLUG des Weiberrats zum Hexenbödele

26.6.: VERNISSAGE der AUSSTELLUNG 21 Uhr

PLAKATE DES AUTONOMEN FAUENZENTRUMS INNSSBRUCK

29.6.: FRAUENDISCO, Utopia, 21 Uhr

FRAUENPLENUM

Am Montag, den 1. 6. 92, 20.30 Uhr findet wieder ein Frauenplenum statt.

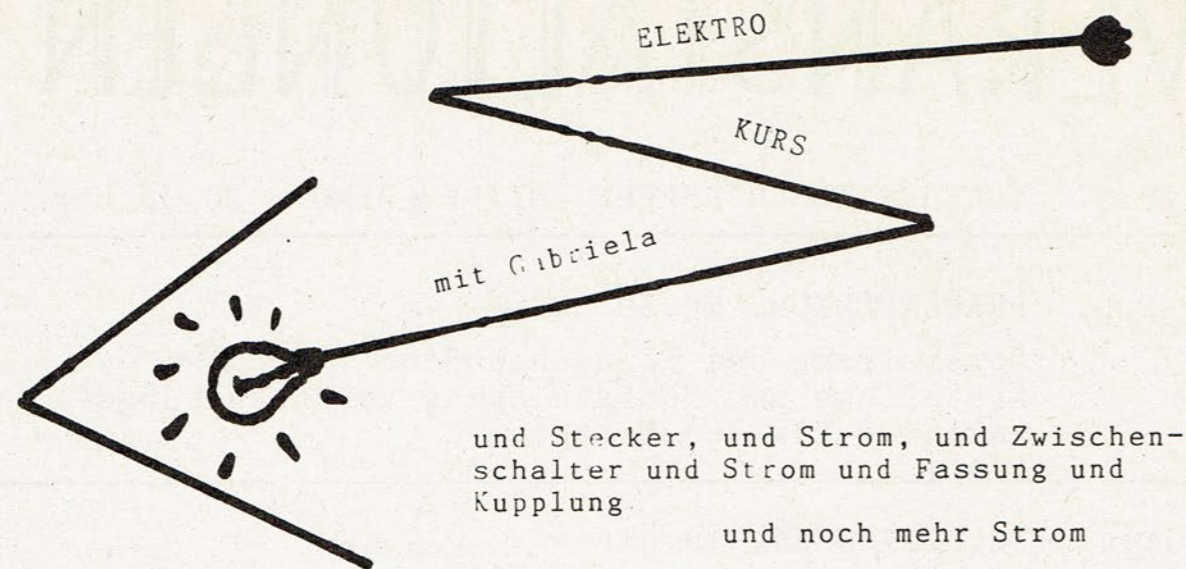
Der Weiberrat erwartet, daß von jeder Gruppe verbindlich eine Frau kommt.

Zur Diskussion stehen folgende Themen:

- * Darstellung des Autonomen Frauen/Lesbenzentrums nach außen
- * Erstellung des Veranstaltungsprogramms für Herbst 1992 und Koordinierung der Veranstaltungen unter den einzelnen Gruppen.

Wir erwarten euch alle zuhauf.

Euer Weiberrat



am 3. und 4. Juni 1992, jeweils 19 Uhr

Anmeldeschluß 1. Juni, bitte unbedingt anmelden
Materialkosten öS 170,-

Am 6. Juli 1992 wird in München der Weltwirtschaftsgipfel
eröffnet.

In der BRD gab es bereits einige Vorbereitungstreffen zum
WWG von Frauen und Lesben. Frauen aus Wien und Graz waren
bei diesen Treffen. Für alle Frauen/Lesben, die sich etwas
zum WWG überlegen/überlegt haben bieten die Frauen/Lesben
aus Graz und Wien am Tag nach der Anti-EG-Frauen/Lesbendemo,
Sonntag, 14. Juni Informationen bzw. einen Austausch.
Den genauen Zeitpunkt für dieses Treffen wollen wir kurzfristig
auf der Demo bekanntgeben. Außerdem wird es auf der Demo auch
einen Redebeitrag zum WWG geben.

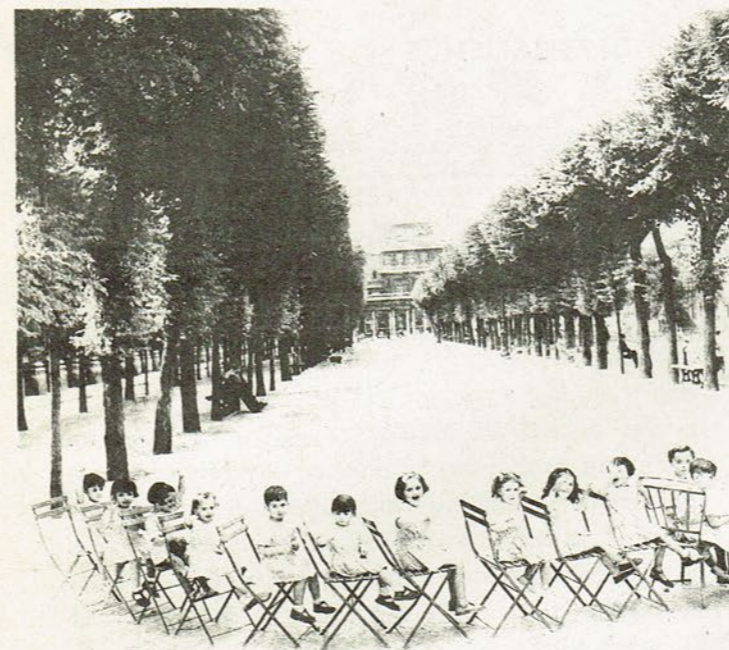
In der Woche nach dem 20. Juni laden wir alle Mädchen und
junge Frauen zu einer Lesung mit Irene, die aus ihrem neuen
Buch vorliest ein. Genaueres wird noch plakatiert.

Frauenzimmer

BUCHHANDLUNG FRAUENZIMMER, LANGE GASSE 11, 1080 WIEN

Am 22.6.1992 findet um 19.30 Uhr im Frauencafe, 1080 Wien, Lange
Gasse 11 ein Vortrag von Barbara Duden "Über das Neinsagen" statt.
Nur für Frauen!

Und wie die Frauen singen...



Im FZ ist wieder **CHORGESANG**.
DA SIND SCHON FAST VIELE -
ABER ES SOLLEN NOCH MEHR...
AN JEDEM FREITAG TUT'S
TÖNEN UND KLINGEN,
VON 19⁰⁰ BIS SPÄT NACHTS
SOLL JEDE DIE'S GERN TUT
KOMMEN ZUM SINGEN?

AB 29.5.1992 - 19⁰⁰ -

Gruppen im Autonomen Frauen/Lesbenzentrum

Weiberrat: jeden Montag um 20.30 Uhr
Vorbereitungsgruppe Anti-EG-Frauentdemo: Jeden Donnerstag 20 Uhr
Autonome Schreibende Frauen
Frauengruppe gegen Kriminalisierung von Frauenwiderstand
Autonome Frauengruppe gegen Gen- und Reproduktionstechnologien
trifft sich unregelmäßig, Kontakttelefon 71 15 42, 45 87 65
Frauengruppe gegen EG/EWR
Wen-do-Lesbengruppe
Frauengruppe FZ-Geschichte(n)
Zyklogruppe
Zyklogruppe Projektgruppe: Herausgabe des Sonderzyklus
Kriminalisierung
Bardienstgruppe: jeden ersten Dienstag im Monat
Frauenbasistreffen
Frauentanzgruppe
Frauenhaustreffen: jeden ersten Montag im Monat
Frauentanzgruppe
Frauenturnen
Frauenplenum: jeden ersten Montag im Monat
FZ-Chor: jeden Freitag ab 19 Uhr

flugi aus wien zum internationalen frauenkampftag

8. MARZ INTERNATIONALER FRAUEN/LESBENKAMPFTAG

KAMPF DER "NEUEN" WELTORDNUNG

GEGEN SEXISMUS, RASSISMUS UND IMPERIALISMUS

1992 - 500 JAHRE KOLONISIERUNG AMERIKAS

VERNICHTUNG VON INDICHINAS UND VERSKLAVUNG DER SCHWARZEN

1992 feiern die europäischen, imperialistischen und patriarchalischen Staaten 500 Jahre sog. "Entdeckung Amerikas". Unter diesem Namen feiern sie die Entstehung des kapitalistischen Patriachats und die Profite aus 500 Jahre brutaler Kolonisierung, Unterwerfung, Ausbeutung und Vernichtung eines ganzen Kontinents und von Millionen von Frauen und Männern.

Die Ermordung von 60 - 100 Millionen *Indichinas* in Nord- und Südamerika erfolgte nicht nur durch die einmalige Eroberung, die 1492 mit der sog. "Entdeckung Amerikas durch Kolumbus" begann, sondern auch durch die Zerstörung der gemeinschaftlichen Landwirtschaft, durch Zwangsarbeit der *Indichinas* auf den Plantagen und im Bergbau, durch Vergewaltigung und sexuelle Ausbeutung der indianischen Frauen und durch von Europäern und Europaerinnen eingeführten Krankheiten.

In den Silberminen im heutigen Bolivien zum Beispiel, starben innerhalb von 3 Jahrhunderten 8 Millionen Menschen.

Die Ausbeutung von Gold und Silber war es vor allem, die hier in Europa die Geldwirtschaft, den Handel und die Industrialisierung und somit die kapitalistische Entwicklung ermöglichte.

In Europa wurde die Industrialisierung durch Bekämpfung der BäuerInnenaufstände und mit der Vernichtung von ca. 7 Millionen Frauen als Hexen durchgesetzt. 1487, also 5 Jahre vor der sog. "Entdeckung Amerikas" wurde von Jesuitenpatern der *Hexenhammer* verfaßt, der als rechtliche Grundlage für die Foltern und Verbrennungen der Frauen diente.

Die "Hexenjagd" in Europa war ein kirchliches und staatliches Repressionsinstrument um Frauen, Hebammen, Bäuerinnen und Handwerkerinnen zu kontrollieren und unter männlicher Vorherrschaft zu unterwerfen und die Kontrolle über die Gebärfähigkeit der Frauen in die Hände des Staates und der Kirche zu zwingen.

Der Besitz der sog. Hexen wurde beschlagnahmt und ging zum großen Teil in den Staatsschatz oder auch männlichen Besitz über.

Im 13. - 15. Jahrhundert gab es in Spanien zu jener Zeit auch Programe gegen tausende von Jüdinnen und Juden und Angriffe auf die arabische Bevölkerung.

Es war auch 1492, als die arabische Bevölkerung durch die Eroberung Granadas durch christliche Kreuzritter, endgültig aus Spanien vertrieben wurde, und es war auch 1492, als ein Edikt erlassen wurde, die die Ausweisung der gesamten jüdischen Bevölkerung aus Spanien innerhalb von 4 Monaten verfügte.

Die Geschichte der Kolonisierung Amerikas durch Europa ist auch eng verbunden mit der massenhaften Versklavung von Schwarzen Frauen und Männern.

Ab dem 16. Jahrhundert, nachdem ein Großteil der *Indichinas* ausgerottet worden war, wurden bis ins 19. Jahrhundert ca. 18 Millionen Schwarze in Afrika gefangen genommen, verschifft und in Amerika als neue Arbeitskräfte in die Sklaverei gezwungen. Unter dem österreichischen Habsburger Karl V, der auch König von Spanien war, und von dem der Spruch: "In meinem Reich geht die Sonne nie unter", wurde der erste Vertrag über den Sklavenhandel von Afrika nach Amerika unterzeichnet.

Aus der Geschichte lernen, heißt für uns heute und hier, daß Sexismus, Rassismus und Imperialismus miteinander verknüpft sind und zusammen bekämpft werden müssen.

Für uns weiße Frauen hier, u.a. in Österreich bedeutet es

- mit dem Eurozentrismus und Rassismus zu brechen
- die herrschende Geschichtsschreibung zu bekämpfen
- unsere Kämpfe in einen Zusammenhang mit kämpfenden Frauen in anderen Ländern und Kontinenten zu stellen
- und vor allem den Sexismus, Rassismus und Imperialismus hier anzugreifen.

Die österreichische Bundesregierung feiert zu 500 Jahre "Entdeckung" mit wissenschaftlichen Projekten zum Habsburger Reich, in denen die

Vernichtung der *Indichinas* und die Versklavung der Schwarzen mit keinem Wort benannt werden - und das läßt sie sich mehr als 20 Mio. € kosten.

EG heißt Herrschaft des Kapital(s)
Wir Frauen kämpfen dagegen - International

Gleichzeitig soll 1993 der gemeinsame europäische Markt fürs Kapital geschaffen werden, dem auch der österreichische Staat beitreten will.

Darauf soll die politische Einheit und die Währungsunion folgen, verbunden mit einem europäischen Militärbündnis. Die österr. Regierung diskutiert mittlerweile offen, daß die Neutralität überholt ist und sich Österreich mit dem Beitritt in die EG an dem Militärbündnis beteiligen will.

Hier entsteht also das Europa der Monopole, das sich erneut, unter der ökonomischen Vormachtstellung der BRD, als Weltmacht festigen will. Dieses Europa sichert seine Grenzen politisch und militärisch gegen Flüchtlinge aus Osteuropa und dem Trkont, die vor politischer Verfolgung, sexistischer Gewalt, Krieg und Hunger fliehen. Österreich verschärft das Asylgesetz und schafft ein Niederlassungsgesetz, nach dem nur mehr selektiert wenige Flüchtlinge ins Land gelassen werden sollen, nach Bedürfnissen des Kapitals

KAMPF DER "NEUEN" WELTORDNUNG

VERHINDERN WIR DEN ANSCHLUSS ÖSTERREICHS AN DIE EG
UND BEKÄMPFEN DAS EUROPÄISCHE HERRSCHAFTSPROJEKT EG

OFFENE GRENZEN UND BLEIBERECHT FÜR ALLE
UND FÜR EINE ANERKENNUNG VON SEXUELLER UND SEKISTISCHER GEWALT

ALS ASYLGRUND

ENTWICKELN WIR PRAKTISCHEN WIDERSTAND GEGEN DIE RASSISTISCHE
UND SEXUELLE GEWALT

UND PRAKTISCHE SOLIDARITÄT MIT DEN *INDICHINAS* IN NORD-
SÜDAMERIKA
UND DEM FEMINISTISCHEN WIDERSTAND UND DEN BEFREIUNG
BEWEGUNGEN IM TRIKONT

FÜR EINE REVOLUTIONÄRE INTERNATIONALISTISCHE FRAUENBEFREIUNG
UND LESBENKAMPF

FEUER UND FLAMME DEM IMPERIALISTISCHEN PATRIACHAT

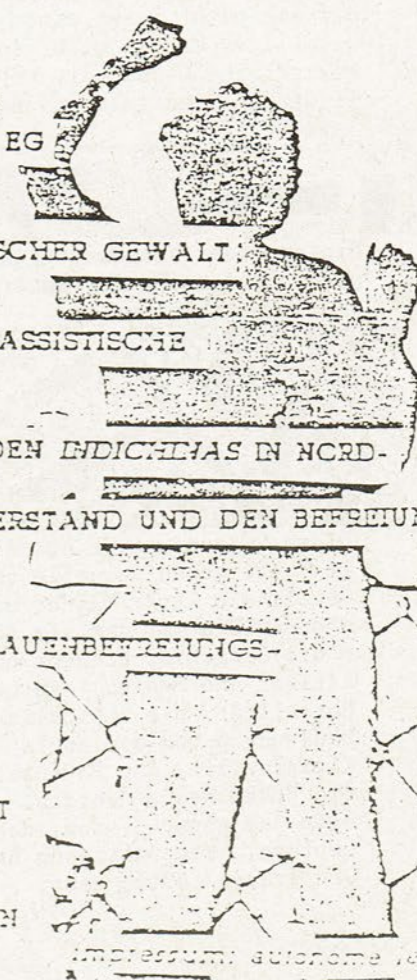
LIEBE UND KRAFT FÜR ALLE KÄMPFENDEN FRAUEN/LESBEN

20.000 - 30.000 Menschen jährlich, mit beruflicher Qualifikation, Deutschkenntnissen und dem Zwang sich hier integrieren zu müssen. Somit gleicht Österreich seine Asyl- und Ausländergesetze dem Schengen - Abkommen an, einem Abkommen der EG-Länder für Kontingentierung von Flüchtlingen und Abschottung der europäischen Grenzen.

Gleichzeitig betreiben die bürgerlichen Parteien SPÖ, ÖVP und FPÖ und die Medien rassistische Propaganda gegen Flüchtlinge. Faschistische Gruppen, wie die VAPO (= Volkstreue außerparlamentarische Opposition) treten offen auf, verbreiten nationalsozialistische Ideologie und verüben rassistische Gewalt gegen Frauen und Männer anderer Hautfarbe und ohne österr. Paß, aber auch Angriffe gegen feministische, lesbische, schwule und linke Gruppen und Projekte.

Die europaweite vereinheitlichte Militarisierung bedeutet einerseits eine internationale Zusammenarbeit der Polizei gegen inneren Widerstand und es bedeutet eine Aufrüstung gegen die Länder im Trikont.

Beim offenen Krieg im Arabischen Raum, wo der US-Präsident Bush die "neue" Weltordnung verkündete, unterstützten und beteiligten sich die europäischen Länder BRD, Frankreich, GB, Italien, und Österreich an diesem Krieg.



SEXUELLE GEWALT IST FOLTER UND REPRESSION

UM MÄNNERHERRSCHAFT AUFRECHTZUERHALTEN UND DURCHZUSETZEN !

Sexuelle und sexistische Gewalt ist ein Grundpfeiler des imperialistischen Patriarchats.

Mädchen, Frauen, Lesben, weiße, farbige Frauen erfahren sexuelle Gewalt an allen Orten, auf der Straße, in der Schule, bei der Arbeit oder Arbeitssuche, in Beziehungen und Familien, aus Zeitungen, Büchern, Filmen - überall wo Männer sind, Männer reden, Männer schreiben.

Wir erfahren sexuelle Gewalt je nach Hautfarbe, Nationalität und Klasse auch verbunden mit rassistischer Gewalt und ökonomischer Ausbeutung. Und das macht Unterschiede wie und wogegen wir uns wehren müssen.

Die autonome Frauen/Lesbenbewegung hat die sexuelle und sexistische Gewalt an vielen Orten offen gemacht und hat aufgezeigt, daß sie nicht Taten eines einzelnen durchgeknallten Mannes sind, sondern daß sexistische Gewalt die HERRschende Normalität des imperialistischen Patriarchats ist.

Hinter jeder Vergewaltigung eines Mädchens, einer Frau steht die Unterwerfung ihres ganzen Geschlechts.

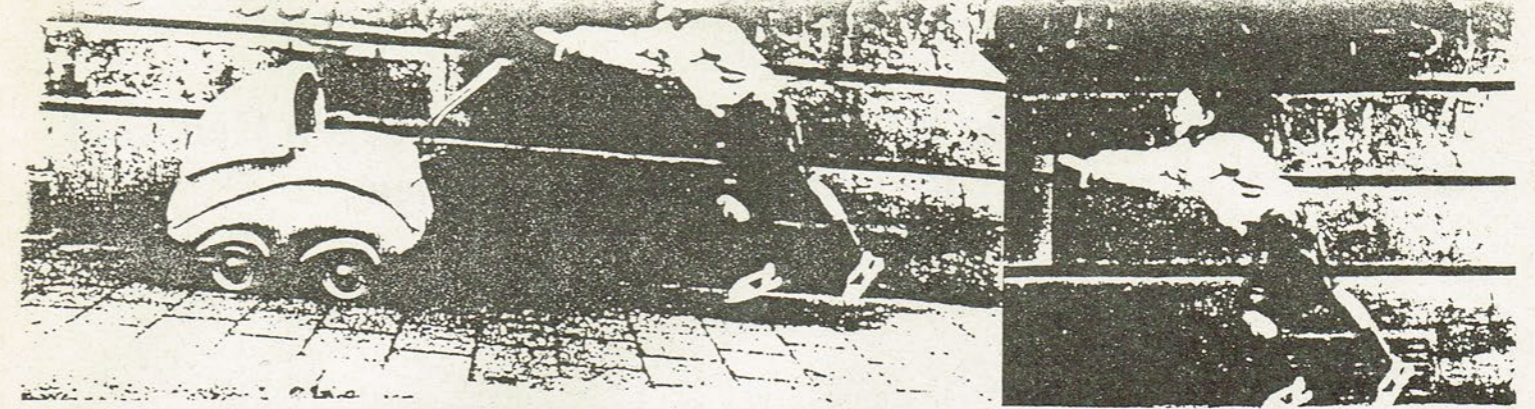
Dieses Wissen zeigt uns den Weg, daß wir im Kampf gegen sexuelle und sexistische Gewalt die Täter/Männer angreifen müssen und das System, das sie schützt !

- die Gerichte, Richter und Gesetze, Politiker und Medien, die heterosexuelle Normalität, die kapitalistische Arbeitsbedingungen und die Chefs, die patriarchale Kleinfamilie, die Psychiatrien und Knäste, die HERRschende Medizin, eben das ganze System, daß auch auf Ausbeutung, Vergewaltigung und Vernichtung von Frauen/Lesben baut.

Autonome Frauen/Lesbengruppen haben in den letzten 10 Jahren Projekte aufgebaut, um Frauen die Möglichkeit zu geben vor Männern, Ehemännern, Vätern, Brüdern, Freunden, dies sie schlagen und vergewaltigen, zu fliehen, und wir haben Projekte aufgebaut, wo Mädchen, Frauen hinkommen können, um mit anderen Frauen zu sprechen und Unterstützung zu finden.

Diese Projekte, wie z.B. Frauenhäuser, Notrufe und Beratungsstellen sind wichtige Strukturen im Kampf gegen sexuelle und sexistische Gewalt.

Aber die Entwicklung hat auch gezeigt, daß der Staat über die Vergabe von Geldern versucht, diese Projekte unter Kontrolle zu bringen, indem sie wenig bis kein Geld bekommen.



Dies hat dazu geführt, daß viele Frauenprojekte, die wir als Teil der Frauenbefreiungsstruktur begreifen, mit sozialer und bürokratischer Arbeit beschäftigt sind.

Gleichzeitig werden die Inhalte autonomer Frauengruppen für die staatliche Gleichberechtigungspolitik vereinnahmt. Dies zeigt sich auch am Beispiel der Frauenmesse des Frauenministeriums, wo Frauenprojekte und ihre Arbeit in der Hofburg vor einer gemischten Öffentlichkeit vermarktet werden.

Staatliche Gleichberechtigungspolitik (wie z.B. Gleichbehandlungsgesetze, ...) reformiert HERRschaftsbedingungen innerhalb des Systems, was für Frauen zwar bessere Ausgangsbedingungen schafft aber die Gewaltverhältnisse nicht grundsätzlich angreift.

Frauenbefreiung hat aber als Ziel die Macht- und HERRschaftsverhältnisse anzugreifen und sie zu BEENDEN !

Die bürgerliche, patriarchale Öffentlichkeit verschweigt, verschleiert und propagiert die Gewaltverhältnisse.

Wir wollen hier ein paar Beispiele aus den letzten Wochen benennen.

Am 25. Februar 92 wurde in Kärnten ein 14-jähriges Mädchen vergewaltigt und ermordet.

Der 15-jährige Junge, der die Tat gestand, erklärt dazu laut Standard vom 28.2. "Ich wollte sie haben!" Im ganzen Artikel wird die Vergewaltigung nicht benannt, sondern durch Andeutung im pornographischen Stil Spannung erzeugt. So beschreibt der Standard die Vergewaltigung mit dem Satz "dann tat er, wofür er gewürgt hatte".

Weiters heißt es in dem Artikel, "er hätte seine Freundin nicht erreicht, sonst wäre alles nicht passiert, wäre er befriedigt gewesen".

In Wirklichkeit heißt das, daß sehr wohl etwas passiert wäre, daß er ansonsten seine Freundin vergewaltigt hätte.

Ein weiteres Beispiel ist der Inlandsreport vom Februar 92 zu sexueller Gewalt in der Familie.

Darin wurden Frauen als Täterinnen und Männer als Opfer präsentiert. Es wurde ein Bild produziert, daß hinter jedem Täter eine Frau/Mutter steht, die ihn als Kind mißbraucht.

Propagiert wird die Tätertherapie als Lösung. Verschwiegen wird, daß mindestens jedes 4. Mädchen von ihrem Vater, Onkel, Bruder Bekannten vergewaltigt wird. Die Macht- und HERRschaftsverhältnisse werden bewußt verdreht.

Wir sehen dies als Gegenpropaganda, als Versuch, unseren wissenden Zorn abzuschwächen und uns Frauen wieder die schuld an unserer Unterdrückung zuzuweisen.

Wir lehnen auch die Tätertherapie ab, weil Machtverhältnisse nicht therapierbar sind, sondern konsequent bekämpft werden müssen.

* und auch Jungen zu 90% von Männern vergewaltigt werden



BRECHEN WIR DAS SCHWEIGEN

BENENNEN WIR DIE SEXISTISCHE GEWALT

WANDELN WIR UNSERE ANGST, VERZWEIFLUNG, SCHAM UND ERNIEDRIGUNG IN WISSENDEN ZORN

UND GREIFEN DIE TÄTER AN, DIE DIE GEWALT AUSÜBEN, STÜTZEN UND RECHTFERTIGEN

UM DIE MÄNNERHERRSCHAFT ZU BEENDEN

UM DIE LIEBE ZU UNS SELBST UND ANDEREN FRAUEN LEBEN ZU KÖNNEN

Impressum: Autonome Lesben



Autonome Frauengruppe gegen Gen- und Reproduktionstechnologien - FZ/LZ - Innsbruck

Die Zählung des Frauenwiderstandes gegen Gen- und Reproduktionstechnologien

Einleitung:

In den Jahren 1985 - 1990/91 gab es in der BRD, der Schweiz und in Österreich in beinahe allen Frauenzentren regionale Bewegungen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien (G&R). Heute gibt es sie fast nirgends mehr. Die Macht des Faktischen hat uns eingeholt. Die Gruppen haben sich nicht etwa aufgelöst, weil sie ihre Ziele erreicht hatten und ihr Widerstand sich somit erübrigt hätte; im Gegenteil: die Praxis der Gentechnologien wird immer dreister, der Widerstand dagegen immer geringer.

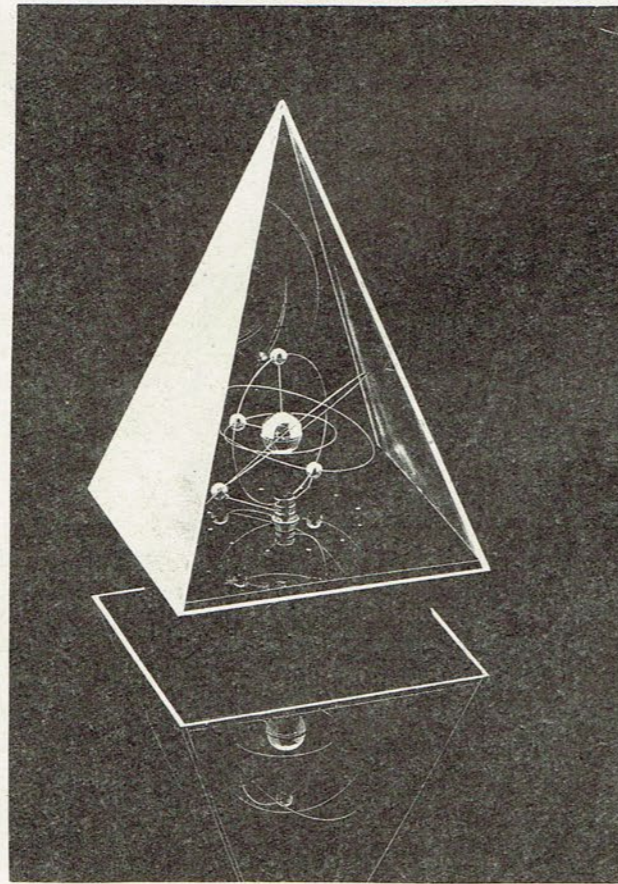
Wir haben hier den Versuch unternommen, uns zu fragen, warum es so ist, wie es ist. Es sind Fragen nach den Logiken unseres Widerstandes, nach den Bedingungen, warum er sich an manchen Stellen verdichtet und dann wider auseinandergebrochen ist, metaphorisch „wer uns Themen einflüstert und wer sie uns wieder ausredet?“, Fragen auch nach den Strukturen seiner Zählung und Vereinnahmung.

Wir teilen unsere Überlegungen in drei Teile:

Im ersten beschäftigen wir uns mit der Frage, wie es dazu gekommen ist, daß wir so viele waren, d.h. warum gerade Frauen und Lesben das massivste und dringendste Interesse hatten, diese neuen Technologien anzugreifen und zu verhindern.

Im zweiten Teil beschreiben und analysieren wir den Beginn, die Veränderungen und das zumindest vorläufige Ende einer ganz konkreten Frauenwiderstandsgruppe.

Wir haben uns entschieden diesen Teil hier nicht abzudrucken, da wir konkrete Beispiele des



Frauenwiderstandes gegen G&R ausschließlich Frauen und Lesben zugänglich machen wollen, und wir es leider nicht in der Hand haben, wer das Zyklus letztendlich liest. Wir werden deshalb interessierten Frauen und Lesben diesen Teil des Artikels auf Anfrage zusenden. Wir bitten um Euer Verständnis und hoffen, daß unsere Ausführungen auch ohne den ausgelassenen Teil verständlich sind.

Im dritten und letzten Teil beginnen wir dann mit der Analyse der verlustig gegangenen Widerstandspolitik. Entlang der Schienen des gesellschaftlichen Umgangs mit G&R: der Legalisierung, der Psychologisierung und der begrenzten Öffnung sowie entlang der Neutralisierung des Widerstandes im wissenschaftlichen Diskurs versuchen wir den Gründen für diesen Verlust nachzuspüren.

Wie wurde das Thema zum Thema

Wir beginnen also zu fragen, wie die Kritik an und der Widerstand gegen G&R in den Jahren zwischen 1985 und 1990 zu einem Schwerpunktthema der Autonomen Frauenbewegung - zumindest der deutschsprachigen - geworden ist. Wir fragen, warum haben Frauen und Lesben diese enormen Anstrengungen unternommen, sich zu einer so abstrakten, vermittelten und theoretischen Thematik kundig zu machen, warum haben sie die Anstrengung unternommen in hunderten Broschüren dieses Basiswissen an andere Frauen weiterzugeben.

Wir können diese Fragen nur beantworten, indem wir uns selbst und anderen Frauen im Widerstand gegen G&R befragen,

unserem Begehren nachspüren, unsere Motive für die Arbeit ausloten und über die Literatur zu denen der anderen gelangen. Wir glauben, daß es für diese intensive Auseinandersetzung mit G&R von Frauen mehrere Gründe gibt. Einige wollen wir hier vorstellen.

Die Gentechnologie gab eine erschreckende Antwort auf ein für uns Frauen und Lesben existenzielle Frage. Gerburg Treusch Dieter formuliert es in einem Aufsatztitel: „Wo die Gene sprechen, hat die Frau zu schweigen“. G&R führen zu Ende, was ideologisch in der christlich-abendländischen Welt angelegt war: die Frau als Gebärende und Leben erzeugende durch den göttlich-männlichen Zeugungsakt zu verleugnen. Was bisher höchster ideologischer Verrenkungsanstrengung bedurfte, soll nun, durch medizinische Techniken der Reproduktion und letztendlich der genetischen Rekombination Tatsache werden. Die Gebärfähigkeit der Frauen war bisher immer Kraft, aber durch die patriarchale Interessenslage niemals Macht geworden. Jetzt sollte ihr auch die Kraft genommen werden.

Bewußt oder unbewußt einigte das uns Frauen an der Zeitwende unseres Verschwindens. Die neue Frauenbewegung orientierte ihre Befreiung lange an der Emanzipation von der Mutterrolle, von der ungewollten Schwangerschaft, der Reduktion auf die Gebärfähigkeit und nun war sie, die Frauenbewegung, auf einer anderen Ebene zu ihr zurückgekehrt. Vor allem kinderlose Bewegungsfrauen und Lesben organisierten sich im Widerstand gegen G&R und näherten sich nun auf einer nicht realen, aber theoretischen Weise erneut dem Gebären, Leben schaffen und auch der über die patriarchale Diktion zweifelhaft gewordenen Nähe der Frau zur Natur.

Entkoppelt von der realen Mutter war nun nicht mehr das Opfersein, sondern das Kraftsein der Frauen in ihrer lebenerhaltenden Weise Thema geworden. Und das freilich zu einem Zeitpunkt, an dem mit Hilfe der neuen Technologien die reale Enteignung dieser Kraft bereits sehr weit fortgeschritten war. Daraus wird

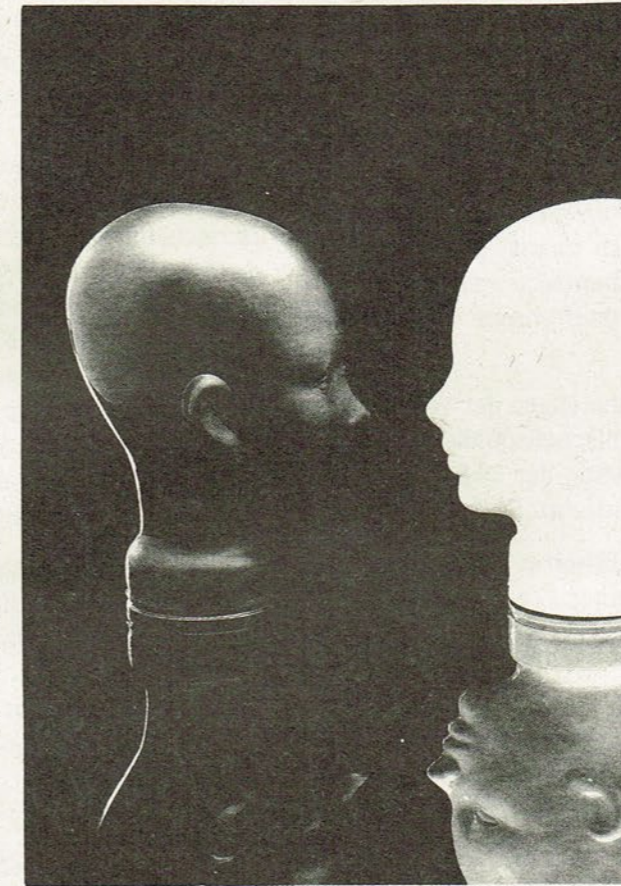
auch deutlich, daß die Frauen das massivste und dringendste Interesse hatten, diese Technologien zu verhindern. Im Rückblick wundert es dann auch nicht, daß zur gleichen Zeit die realen Mütter - gerade am Zeitpunkt ihrer Ersetzung - das Müttermanifest herausgegeben haben, in dem auf sehr ideologische

und von den Frauenbewegungsfrauen sehr kritisierten Weise die Rehabilitierung und soziale Besserstellung des Mutterseins gefordert worden war. (vgl. dazu auch Gerburg Treusch Dieter: „Torte und Retorte“)

Der Widerstand gegen G&R war und ist für uns Frauen ein so integrierender Kampf gewesen, weil die Gentechnologie aus einem patriarchalen Interesse heraus, auch die anderen wesentlichen Herrschaftsverhältnisse entwickelte und verfestigte: das kapitalistische, der Verwertung allen Lebens, das naturzerstörende, der Unterwerfung alles Lebendigen unter den Machbarkeitswahn, und das eugenisch-ras-

sische, der Unterscheidung zwischen Wertem und unwertem Leben hier und im Wertmaßstab des Nord-Süd-Konflikts. Deshalb hat der Widerstand gegen G&R Frauen und Lesben aus den unterschiedlichsten politischen Herkunftsfrauen geeint und konnte in so kurzer Zeit zu einem solchen Widerstandspotential werden.

In der vermittelten Betroffenheit ließ sich das Thema als ein in uns und außerhalb von uns existierendes bearbeiten. Es war kein Thema, das sich im ICH und DU, d.h. in einer Selbsterfahrungsgruppe aufgehoben sah, sondern eine „dritte Sache“, an die sich heran, durch die sich durch und an der sich abgearbeitet werden konnte und die so einen längeren Atem versprach. Die Beschäftigung mit G&R führte Frauen und Lesbenwiderstandsgruppen durch den ganzen Zirkel politischen Arbeitens: vom Informationssammeln, -aufarbeiten und verbreiten, über intensive, zum Teil sehr theoretische Diskussionen, dem Erkennen politischer Zusammenhänge und Verflechtungen und dem Entwickeln uns eigener Widerstandsstrategien.



Als letzten Grund für die Verdichtung des Widerstandes der Frauen an der Wende ihres Verschwindens erscheint uns noch die Tatsache wichtig, daß sich Gentechnologie als Angelpunkt im Angriff auf sonst abstrakte Herrschaftsverhältnisse geradezu anbietet. Anbot auch deshalb, weil sie verhinderbar erschienen. Gemeinsam war uns das Gefühl endlich einmal eine Technologie vor ihrer allgemeinen Etablierung demaskiert zu haben und damit verbunden die Hoffnung, wirkungsvollen Widerstand leisten zu können, zu agieren, anstatt zu reagieren.

Nach dem Versuch der Analyse einer Widerstandsgruppe, wollten wir noch einmal allgemeiner die verschiedenen Vereinnahmungsstrategien herausarbeiten, die wir im Verlauf unserer Diskussionen erkannt hatten:

Zum einen die Vereinnahmungen der Widerstandsbewegung auf der gesellschaftspolitischen Ebene, zum anderen die Integration der Diskussionen um G&R in den wissenschaftlichen Diskurs:

Auf der gesellschaftspolitischen Ebene erscheinen uns drei Phänomene wichtig:

1. die Legalisierung, d.h. die gesetzliche Regelung der G&R.
2. die Psychologisierung, d.h. die zunehmende Integration von psychologischer Beratung in die IVF-Praxis im Bereich der Reproduktionsmedizin
3. die begrenzte Öffentlichkeit, d.h. die Etablierung von Ethikkommissionen als "Kontrollorgan" der gentechnologischen Forschung.

Zur gesetzlichen Regelung:

Inzwischen hat fast jeder Staat, in dem G&R offiziell betrieben werden, Gesetze verabschiedet oder in Ausarbeitung, die diese Technologien "regeln".

(In Österreich wurde das Fortpflanzungsmedizin-gesetz in der letzten Sitzung des Nationalrats am 13.5.1992 einstimmig beschlossen und tritt damit am 1. Juli 1992 in Kraft.)

Jede gesetzliche Regelung schreibt einen Status fest. Im Fall der G&R verfestigt ein Gesetz ihre Etablierung. Es regelt, was verboten und was erlaubt ist, und läßt so jede grundsätzliche Kritik an den G&R selbst und den Herrschaftsverhältnissen, die sie ermöglichen, anachronistisch erscheinen. Fundamentale Kritik kann zwar weiterhin geäußert werden, braucht aber als unrealistisch und utopisch nicht mehr ernst genommen zu werden. "Vernünftige" Diskussionen orientieren sich am Gesetz und seinen Vorgaben. Damit sind die G&R an und für sich unabänderlich festgeschrieben.

Ein Gesetz versteht sich im allgemeinen als eine Zusammenfassung der Vielfalt von Meinungen und Positionen zu einem bestimmten Thema. Die Positioniertheit der Meinungen geht in diesem Prozeß der Kompromißfindung verloren, da das Gesetz von jeder Position etwas aufnehmen wird. Die grundsätzliche Ablehnung der G&R wird als eine von vielen in den Gesetzgebungsprozeß integriert, wobei sie im Vergleich zur extremen Betreiberposition ("alles ist erlaubt") kaum Gewicht bekommen wird, da der Gesetzgebungsprozeß an und für sich kein neutraler ist, sondern ein Spiegel der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse darstellt – und die sind die der Betreiber von G&R. Allerdings kann sich die widerständige Position dieser Integration in den Gesetzgebungsprozeß auch nicht entziehen. Ihr werden vielmehr die "Spitzen" genommen, d.h. es werden diejenigen Punkte gesetzlich geregelt, auf deren Verhinderung sich eine breite Basis im Widerstand als Minimalkonsens einigen konnte (wie z.B. Eingriffe in die menschliche Keimbahn).

Mit dem Verschwinden, sprich der Verregelung dieser Punkte, bricht auch die breite Widerstandsbewegung auseinander. Die einen sind mit dem Erreichten bereits zufrieden, andere fordern mehr und Grundsätzlicheres (in diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf unsere Überlegungen zum Thema "Streithema G&R" weiter unten). Der Widerstand zersplittert und wird weniger effektiv.

Im Nachhinein bleibt die Frage, ob die Durchsetzung eines Moratoriums, d.h. eines zeitlich begrenzten Forschungs- und Anwendungsstopps für die G&R genug Zeit gebracht hätte, um eine stärkere Formierung des Widerstandes durch die Einigung auf mehr als einen Minimalkonsens, zustande zu bringen.

Zur Psychologisierung:

Die Beratung von Frauen, die sich eine IVF-Behandlung überlegen, war und ist Teil der den Repräsentantinnen gegenüber kritischen Frauengruppen. Relativ neu ist die Integrierung von psychologischer Beratung in die IVF-Programme der Betreiber.

Für die Betreiber bedeutet diese Integration von psychologischer Beratung in ihre Programme Vorteile in zweierlei Hinsicht:

Zum einen wird den Frauen etwas angeboten, um die "Begleiterscheinungen", sprich Leiden, der IVF abzuschwächen, und sie damit gleichzeitig für die Anwendung der Technologien besser zuzurichten. Zum anderen hilft sie die geringen "Erfolgsquoten" der IVF insofern zu verschleiern, als das Problem der "Ungewollten Kinderlosigkeit", nach erfolgloser IVF-

Behandlung, zum psychischen und damit der psychologischen Beratung bedürftigen, gemacht wird.

Für die Öffentlichkeit erscheint es, als seien die Frauen in den IVF-Behandlungen rundum gut versorgt und betreut; Leiden werden verschleiert, kritisches Handeln scheint nicht (mehr) nötig. Was als kritische Beratung in der Widerstandsbewegung entstanden ist, wurde durch die Betreiber aufgenommen, in ihr System integriert und damit zur Unkenntlichkeit entstellt.

Aber auch die Beratungsangebote innerhalb der IVF-kritischen Frauenbewegung stehen in einem Dilemma: Sie entstanden aus der Überzeugung heraus, durch kritische Beratung von Frauen, die sich eine IVF-Behandlung überlegen, Alternativen zur IVF zu finden. Dabei stehen sich jedoch Überzeugungs- und Beratungsarbeit im Wege. Während auf der einen Seite der klare Wunsch steht, zu verhindern, daß die Repromedizin in Anspruch genommen wird, steht auf der anderen Seite die Vorstellung von Beratung, die davon ausgeht, daß die Frau mit Hilfe der Beraterin ihre individuellen Bedürfnisse herausfinden und umsetzen soll. Dabei hat die Beraterin unterstützende Funktion. Eine klare Wertung bzw. Empfehlung findet hier nur sehr begrenzt Platz.

Zur Etablierung einer begrenzten Öffentlichkeit:

Inzwischen haben sich Ethikkommissionen als "Kontrollorgane" der gentechnologischen Forschung, v.a. im Bereich der Universitäten durchgesetzt. Diese Kommissionen werden mit Fachleuten besetzt, die die Forschung dann nach ethischen Gesichtspunkten überwachen und kritisch begleiten sollen.

In unseren Augen erfüllen die Ethikkommissionen eine wichtige Rolle in der Vereinnahmung der Kritik an der GT. Sie haben sich anstelle der in der Widerstandsbewegung geforderten breiten öffentlichen Diskussion etabliert. Damit wurde eine Metaebene zwischen die Betreiber auf der einen, und die breite Kritik aus verschiedensten gesellschaftlichen Gruppierungen, v.a. der Frauen und Lesben, auf der anderen Seite, eingezogen. Auf dieser Metaebene sollen ExpertInnen, quasi in der Funktion von ParlamentarierInnen, die kritische Öffentlichkeit abbilden und vertreten. Die weitverbreitete ExpertInnengläubigkeit – "nur wer fachkundig ist, darf sich zu einem Thema äußern" – wird damit unterstützt. Außerdem wird der Eindruck erweckt, die Ethikkommission könne effektiven Einfluß auf die Betreiber nehmen.

Tatsächlich bilden diese Kommissionen ja nicht einmal das Spektrum des Widerstandes ab. Im universitären Bereich werden sie in der Regel aus mehreren

FachkollegInnen der zu überwachenden Betreiber, ein oder zwei StudentInnen und einem Ethikexperten (im Fall Innsbruck dem Moraltheologen Prof. Rotter, der die G&R nach einer von ihm selbst entworfenen Verwerflichkeitsskala in grüne (gute), graue (neutrale) und rote (schlechte) einteilt), zusammengesetzt.

Daß gentechnologische Forschung (selbst durch andere GentechnologInnen) überhaupt unkontrollierbar ist, verschwindet mit Etablierung der Ethikkommissionen zunehmend aus der politischen Diskussion. Für die Widerstandsgruppen wird es immer schwerer, sich der Integration in diese begrenzte Öffentlichkeit zu entziehen, ohne dabei ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Wissenschaftskritik ohne Bewegung:

Wir glauben feststellen zu können, daß die kritische Erwähnung der G&R in den Sozialwissenschaften und allgemein in der Wissenschaftskritik, besonders der feministischen ihren festen Platz eingenommen hat. Der Platz ist so fest eingenommen, daß er weder sich noch sonst etwas bewegt.

Wir könnten von Erfolg sprechen, daß es einer relativ mittellosen Bewegung gelungen ist, das Thema Gentechnologie aus dem Geheimwissen der Lehrstühle für Biochemie und Genetik herauszulösen und in den öffentlichen Diskurs zu bringen, wäre nicht gleichzeitig mit seiner Etablierung im Diskurs auch die Bewegung verloren gegangen. Im sozialwissenschaftlichen Diskurs wurde die Gentechnologiekritik zur Ware im Warenkorb der kritischen Wissenschaften. Zum Marktwert dieser Ware haben ganz wesentlich die Frauen/Lesbenwiderstandsgruppen beigetragen. Die Kritik an G&R ist als Ware mit Marktwert im Wissenschaftsbetrieb neutralisiert. Ware zu sein bedeutet auch Konjunkturabhängig zu sein – von der institutionellen Nachfrage (der Forschungsfonds, Bildungshäuser, und der medialen Öffentlichkeit) bestimmt zu sein, im Wissenschaftsbetrieb gekauft und verkauft zu werden.

Wissenschaftskritik ohne Bewegung hat keine Sprengkraft und entsteht letztendlich – so vermuten wir – aus einer Hilflosigkeit der Politik. Wir, die wir zur Verhinderung dieser Technologien angetreten waren, sind in den Büchern gelandet. Ab diesem Zeitpunkt hat uns die Energie verlassen: Hier müssen wir uns die Frage stellen, ob das eine mit dem anderen etwas zu tun hat, oder ob es nur gleichzeitig aufgetreten ist.

Ein zweites ist den Frauen gelungen: Die Frauenbewegung erhob durch zahlreiche regionale Frauen/Lesbengruppen die G&R zum Streithema. Strittig

war alles an ihnen. Sie lockte die Betreiber aus ihren Labors, sie brachte sie zumindest in Erklärungszwang, sie evozierte mit anderen, v.a. ökologisch orientierten Widerstandsgruppen die gesellschaftlichen Debatten des Pro und Contra. Sie erhöhte den Streitwert um die Sache „Gen- und Reproduktionstechnologien“.

Eines war ihr nicht gelungen, nämlich den Diskurs zu bestimmen, die grundsätzliche Herrschaftskritik, v.a. der Feministinnen an diesen Technologien hatte sich nicht durchgesetzt. Die Verbreitung der Gegnerschaft griff auf ältere Metaphern zurück: die Angst vor dem Homunkulus, die Einmischung in die Schöpfung und die Angst vor der Entgrenzung heterosexueller Beziehungs- und Familienpolitik. An diesen

Parametern orientiert sich im wesentlichen der gesellschaftliche Diskurs und somit auch die immer konsensorientierte gesetzliche Regelung.

Soweit unsere ersten Überlegungen zum Nachlassen des Widerstandes gegen G&R im deutschsprachigen Raum.

Wir sind an Euren Einschätzungen sehr interessiert. Welche Erfahrungen habt Ihr gemacht? Stimmen unsere Analysen, oder seid Ihr zu anderen Ergebnissen gekommen? Was haben wir übersehen?

Wir würden uns über Reaktionen freuen und wünschen allen Frauen und Lesben, die am Thema Gen- und Reproduktionstechnologien arbeiten, viel Kraft, Ausdauer, Mut und Ideen!

Stop den Gen- und Reproduktionstechnologien



MONTAG 29. JUNI 1992

21.00 h

DJin

Miriam

UTOPIA

DJin

Elfi

Lehrstück einer unauffälligen Vergewaltigung

Eine Analyse der ORF-Fernsehsendung ARGUMENTE zum Thema Kindesmißhandlung und Sexueller Mißbrauch von Kindern. Autorinnen: Elisabeth Lindenthal, Edith Ihnenberger

Dieses Buch ist ein spannendes, das viel über die Ursachen von Ekelgefühlen, Wut, Zorn und auch Ohnmacht, die entstehen, wenn das Thema "Sexueller Mißbrauch von Kindern" in den Medien behandelt wird, aus

"Unauffällige Vergewaltigung" ist die bereits im Titel existierende Kurzbeschreibung dessen, was während der analysierten Sendung Frauen - den Zuschauerinnen, den eingeladenen Expertinnen und den überlebenden Frauen und Mädchen von Sexueller Gewalt - neuerlich angetan wird.

Sehr präzise gelingt es den Autorinnen die Vergewaltigung, die scheinbar keine Verletzungen hinterläßt, aufzudecken.

Eine Analyse, die nicht nur auf diese Sendung paßt, sondern auch für viele Vorgänge in gemischtgeschlechtlichen Gruppen und Teams

Klar wird in diesem Buch Partei ergriffen für Frauen und Mädchen, die sexuelle Gewalt erfahren/haben und die in der angerollten Diskussion um Kinderschutz und sexuellem Mißbrauch nur mehr, wenn überhaupt, als Mittäterinnen und Schuldige vorkommen.

"Manipulation der Gefühle" und "Manipulation der Inhalte" nennen die Autorinnen die Verschleierungstaktik, die durch die neue Diskussion den Skandal des Sexuellen Mißbrauchs an Mädchen und Jungen verdeckt und verharmlost.

Für mich eine Befreiung, weil die weitgreifende und vielschichtige Verschleierung von sexueller Gewalt, von patriarchalen Gewaltverhältnissen gelüftet und dadurch eine neue Klarheit geschaffen wird.

Außerdem benennt dieses Buch die Männerbünde, die gerade auch in der verschleierte geführten Diskussion um Kinderschutz eine massive Rolle spielen und sowohl für die Überlebenden von sexueller Gewalt als auch für alle feministischen Projekte und "Entgiftungsansätze" gravierende Auswirkungen zeigen. Die sich verbündenden Täterinnen versuchen der Diskussion um den Sexuellen Mißbrauch, sexuelle Gewalt, ihre Sprengkraft zu nehmen und sie in befriedende Bahnen zu lenken.

Diese Vorgänge aufgeschlüsselt und aufgetrennt zu lesen unterstützen eine Weiterarbeiten und Kämpfen auf Seiten von Frauen.



AUTONOMES FRAUENZENTRUM CAFE

ÖFFNUNGSZEITEN: MO, MI, DO, FR, VON 19 BIS 24 UHR
LIEBENEKGSTRASSE 15, 6020 INNSBRUCK, TEL 05 12/580839

PENTRU FEMEI
FÜR FRAUEN
PARA MUJERES
POUR LES FEMMES
FOR WOMEN
PER LE DONNE
ZA ŽENE
PARA MUCHERES

zyklotron jahresabonnement öS 150,-
kto.nr. 6800-000892, BLZ 20503,
sparkasse innsbruck-hall

an frau

impressum: autonomes
frauenzentrum
liebeneggstr.15
6020 innsbruck
tel.nr.0512/58 08 39

verlagspostamt 6020 innsbruck
P.b.b.

die in den artikeln wiedergegebenen meinungen decken sich
nicht in jedem fall mit denen der redaktionsfrauen.